

# Danziger Zeitung.

Nr. 18297.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Insertate kosten für die sieben-gepfaltete gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfsg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Prag, 20. Mai. (Privatelegramm.) Der Bergarbeiterstreik nimmt große Dimensionen an. Sämtliche Schächte der Miroshauer Bergbau-Gesellschaft, über 6000 Bergleute, streiken.

Pest, 20. Mai. (Privatelegramm.) Eine Räuberbande überfiel in vergangener Nacht die Besitzung des Grafen Hornisz, sperrte den Grafen samt seiner Gemahlin ein und raubte das Schloss vollständig aus; ein Verwandter des Grafen wurde ermordet. Als der Führer der Räuber soll ein ehemaliger Debrecziner Polizeiwachmeister erkannt sein.

Helsingfors, 20. Mai. (W. L.) Unweit der Eisenbahnstation Raipais ist eine Pulverfabrik in die Luft gesprengt; fünf Personen wurden dabei getötet. Der die Fabrik umgebende Wald ist in Brand gesetzt und ein Pulvermagazin im Walde stark gefährdet.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 20. Mai.

## Der zweite Tag der Arbeiterschutzbeteiligung.

Auch der zweite Tag der Debatte über den Arbeiterschutz hat einen Abschluß noch nicht gebracht, da den größten Theil der Sitzung der Abg. Grillenberger und v. Stumm für sich in Anspruch nahmen, die allerdings die im Hause bestehenden Gegensätze in sehr schroffer Form zum Ausdruck brachten. Herr Grillenberger nahm für sich allein zwei Stunden in Anspruch; aber der langen Rede kurzer Sinn läßt sich am besten in der Wendung erkennen, die alle Aussicht hat, ein gefügtes Wort zunächst zu werden, „dass dem Unternehmer eins auf den Kopf gehöre“. Dass Grillenberger im übrigen der Ansicht ist, die Forderungen des sozialdemokratischen Entwurfs, der gestern nicht zur Beratung stand, den er aber in die Debatte hineinträgt, ließen sich auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung ohne gewaltsamen Umsturz durchführen, läßt sich nur als eine rednerische Floskel bezeichnen. Wenn übrigens die Aufhebung des Socialistengesetzes keine weitere schlimme Folge hat, als daß der nächste socialistische Congress in Berlin stattfindet, so wird Herr Stumm wohl noch lange auf die Wiedereinbringung des Socialistengesetzes warten, dem nach dem 1. Oktober, wie er meint, sogar die Herren Schrader und Genossen zustimmen würden. Dass Herr v. Stumm nicht nur gegen die Ausführungen Schraders, sondern auch gegen Miquel bezüglich der Arbeiterorganisation polemisierte, beweist, wie weit selbst in diesen Kreisen die Ansichten auseinandergehen. In einem Punkte der Frage stimmte Herr v. Stumm sowohl mit Herrn Schrader als Herrn Miquel überein; darin nämlich, daß es angezeigt sei, die Bestimmungen über die Sonntagsfeier und die Frauen- und Kinderarbeit herauszunehmen und noch in dieser Sesson zu erledigen, den Rest aber bis zum Herbst zu verlagen. Bisher haben nur die Conservativen gegen ein solches Vorgehen Einspruch erhoben.

In diesem engeren Rahmen würde die Erledigung des Gesetzes wohl möglich sein, namentlich wenn, wie jetzt in Aussicht genommen werden soll, der Reichstag über Pfingsten sich auf 14 Tage vertagt und die Commission wenigstens während eines Theiles dieser Zeit in Thätigkeit tritt.

## Die Beamtenbeoldungsfrage im Abgeordnetenhaus.

Die Verhandlungen über die Vorlage bezüglich der Aufhebung der Beamtengehälter in Preußen nehmen leider einen unerfreulichen Verlauf. Die Verhandlungen der zweiten Lesung haben be-

wiesen, daß jeder Versuch, irgend eine wesentliche Änderung und Verbesserung an der Vorlage vorzunehmen, gescheitert ist. Das war freilich kaum anders zu erwarten. Das Abgeordnetenhaus war von vornherein in einer Zwangslage; es befand sich gegenüber der Alternative „entweder — oder“, entweder die Vorlage wie sie ist hinnehmen, oder nichts. Die interessirten Kreise selbst, die Beamten, scheinen dies allerdings nicht angenommen zu haben, sonst hätten sie nicht so viel Versuche gemacht, eine Änderung herbeizuführen. Namentlich die freisinnige Partei hat sich redlich bemüht, Verbesserungen durchzusetzen; ihre Schuld war es nicht, wenn dies durch die Lage der Sache, zumal bei der Zusammensetzung dieses Hauses, fruchtlos geblieben ist.

## Die Verhandlungen der Militär-Commission.

Die Berichte über die gestrige erste Sitzung der Militärcommission können bei dem vertraulichen Charakter eines Theils der Mittheilungen über die französischen und russischen Militärverhältnisse nur lückenhaft sein. Was mittheilbar war, ist in dem telegraphischen Bericht in unserer heutigen Morgen-Ausgabe enthalten. Über die vertraulichen Mittheilungen betreffend die russischen Rüstungen melden nun noch die nationalliberale „National-Zeitung“ und andere Berliner Blätter, so daß für uns die Veranlassung fortfällt, mit den einmal der Öffentlichkeit übergebenen Mittheilungen zurückzuhalten. Folgendes:

Major Gede macht im Auftrage des Kriegsministers eine Reihe vertraulicher Mittheilungen über unsere militärische Stellung zu Russland. Dort habe auch eine erhebliche Steigerung der Präsenzstärke stattgefunden, und zwar seit 1887 von 880 767 Mann auf 923 389. Die Wehrpflicht sei auf 18 Jahre ausgedehnt worden. Dem russischen Kriegsminister seien auf die Dauer von drei Jahren drei Milliarden und 3 400 000 Mark für Kriegszwecke zur Verfügung gestellt. Russland habe 22 Armee-corps. Die russischen Reserveen seien, was früher nie geschehen, zu ausgedehnten Übungen einzuberufen worden. Dank der ihm zur Verfügung stehenden Gelber könne der russische Kriegsminister in unaufhörlicher Weise seine Maßnahmen treffen. Die ganze militärische Lage habe sich seit 1887 zu unseren Ungunsten verschärft.

So weit bisher ersichtlich ist, scheinen die bezüglichen Ausführungen des Kriegsministers und seines Commissars die Bedenken der Vorlage da, wo sie bestanden, nicht unwesentlich abgeschwächt zu haben.

## Colonialpolitisches in der Reichstagsbudget-commission.

Die Beratung über den Nachtragsetat in der gestrigen Sitzung der Budgetcommission des Reichstages hat die Erwartung, daß die Regierung über die Ereignisse in Ostafrika weitere Mittheilungen zu machen habe, nicht erfüllt. Nach mehrstündiger Debatte konnte einer der Redner constatiren, daß zwar Fragen gestellt worden seien — Abg. Barth hatte für sich allein 7 Fragen formulirt — daß aber Antworten nicht erfolgt seien. Die Erklärungen des Staatssekretärs des Auswärtigen wiederholten entweder Bekanntes oder waren dictatorischer Natur. Bei der Beratung über die Forderung bezüglich des sofortigen Beginns des Betriebs der ostafrikanischen Dampferlinie wider sprach Geh. Rath Krauel der Annahme, daß die Forderung nicht sowohl im Interesse des Handels als vorwiegend im Interesse der Kriegsführung und Besetzung erhoben werde.

Herr Krauel wies namentlich auf Deutschlands Handel mit Transvaal hin, theilte auch mit, daß voraussichtlich in Rotterdam angelauft werden. Der Wunsch Bambergers, daß über die Handelsverhältnisse in Ostafrika im Laufe der Beratungen zuverlässigeres Material vorgelegt werde, wurde nicht erfüllt. Auf eine Anfrage Richters wegen der Nachricht, daß die Linie nach Samoa (Nordd. Olynd) eingehen solle, antwortete Krauel ausweichend. Aber auch Ab-

anderer Völker sich erst erwerben müssen. Bei anderen Völkern trat mit der Neugestaltung des sozialen Lebens auch eine Wandlung in Bezug auf Stellung, Pflichten und Rechte der Frau ein. Unser Ideal blieb lange noch die Semente mit dem Spinnrocken. Die Gegner der modernen Erziehungsgrundsätze und Leidenschaften klagen zwar, daß das Wirken der Frau der Gegenwart jenem Ideale durchaus nicht mehr entspreche, oder berufen sich auf die gute alte Zeit, in der jedes Mädchen als geschulte Hausfrau das Elternhaus verließ, um im eigenen oder fremden Hause zu walten. Tassen wir nun die Situation scharf ins Auge, so werden wir erkennen, daß weder unsere Generation, noch unsere Mütter ausreichende wirtschaftliche Kenntniß im Elternhause erworben haben, und daß die gute alte Zeit im Sinne der Verächter der neuen schon sehr lange vorbei ist. Möglich, daß in früheren Jahrhunderten, ehe die Stürme der Revolution ein neues soziales Leben hervorriefen, die Töchter im Hause von der Mutter das Notwendige lernten und für den Beruf der Hausfrau gründlich vorbereitet in die Ehe traten. Damals lagen aber die Verhältnisse doch sehr anders. Das Leben der Frau, ob verheirathet oder unverheirathet, spielte sich nur im Hause ab. Der Wirkungskreis darin war groß genug, ein Menschenleben auszufüllen, und die Arbeit im Hause so vielseitig, daß mehrere Frauen vollauf Beschäftigung und in Folge dessen auch meist Befriedigung darin fanden. Es wurde in jener Zeit alles zur Kleidung erforderliche im Hause gesponnen und gewebt, das Brod gebacken, das Fleisch geschlachtet, das Gemüse im Garten gezogen, Starkkemehl bereitet, Seife gekocht und Licht gezogen, kurz eine Arbeit bewältigt, in die sich jetzt eine Anzahl Industrien theilen.

Für diejenigen, deren Neigungen innerhalb des praktischen Lebens keine Befriedigung fanden, waren die Klöster da. In ihnen wurde die Jugend unterrichtet und Kranke gepflegt. Die Künste, speziell die Musikk, standen hier in großer Blüthe; auch galt es damals noch nicht für ungewöhnlich, wenn eine Schwester die Medicamente bereitete und im Fall der Noth den Arzt vertrat. Die anglistische Fürsorge für die Gesundheit der Frau war auch noch nicht so ausgebildet wie heute und niemand fragte danach, ob eine Schwester, der die Gartenarbeit oblag, sich dabei der Gefahr einer Erkrankung aussetze. Trotzdem mir darüber keine statistischen Berichte vorliegen, glaube ich doch nicht, daß viele Frauen diesem Beruf zum Opfer fielen. Jedenfalls nicht ein solcher Procentatz, als ihn heute die Arbeit an der Nähmaschine aufweist, vor welchem überaus gesundheitsschädlichen Beruf die Arzte war warnen, der aber bei dem Gros der Männer als echt weiblich gilt — natürlich nur bei denen, die nicht aus eigener Erfahrung die Schädlichkeit der Maschinenarbeit kennen gelernt haben.

Die Klöster sind heute nicht mehr die Quelle

geordneter Hammacher war der Ansicht, daß die Gründe für die Samoaline fortgesunken, diese also entbehrließ sei.

## Neuer deutsch-schweizerischer Niederlassungs-Vertrag.

Wie aus Bern vom 19. Mai telegraphisch gemeldet wird, hat sich der Bundesrat bereit erklärt, mit der deutschen Regierung in Verhandlungen einzutreten behufs Abschlusses eines neuen Niederlassungsvertrages. Diese Verhandlungen, welche bereits begonnen haben, finden in Bern statt. Der Bundesrat Droz ist bevollmächtigt worden, den Vertrag auf Grund der vom Bundesrat ertheilten Instructionen, unter Vorbehalt der Ratifikation, abzuschließen.

## Die russische „Annäherung an Deutschland“.

Ein der offiziösen „Polit. Corresp.“ aus Berlin zugehender Bericht kommt auf die Meldung der „Times“ über eine beabsichtigte Annäherung Russlands an Deutschland zurück und äußert über die in maßgebenden Berliner Kreisen herrschende Anschauung, Deutschland, welches unverbrüchlich an dem aus gemeinsamer Friedensliebe hervorgegangenen Dreieck festhalte, könnte mit anderen Staaten Verträge nicht anders schließen, als in Gemeinschaft mit seinen beiden Verbündeten. Wollte Russland sich Deutschland nähern, so müßte ersterer sich darüber klar sein, daß letzterer einen pact nur als eines der Mitglieder des Dreiecks zu schließen vermöchte. Dies würde nicht eine Änderung der derzeitigen Gruppierung, sondern den Hinzutritt Russlands zur Friedensliga bedeuten.

## Zur deutsch-englischen Grenzabteilung in Ostafrika.

wurden gestern im englischen Unterhause mehrere Anfragen an die Regierung gestellt. Unterstaatssekretär Ferguson erklärte in Beantwortung derselben, die Einflussphären Englands und Deutschlands in Ostafrika seien noch nicht geographisch definiert, das in der Depesche Lord Galisburns an den englischen Botschafter Sir Malet in Berlin vom 2. Juli 1887 erwähnte Einvernehmen sei in seinen Bestimmungen allgemein gewesen. Es sei ihm nichts davon bekannt, daß die Überlassung des Landes der Bamangatos an Deutschland bei den Besprechungen in Berlin sich in Erwägung befinde; die Besprechungen zwischen Sir Percy Anderson und dem deutschen Geheimen Legationsrat Dr. Krauel bezogen sich auf Fragen im Ost- und Westafrika und seien durchaus vertrauliche, eine Vorlegung der bezüglichen Schriftstücke sei daher sehr unüblich. In jeder der Abmachungen, welche die Interessen der britischen Colonien in Afrika berührten, werde den Ansichten dieser Colonien volle Rücksicht getragen werden.

## Der böhmische Landtag.

Der Landtag wurde gestern, wie aus Prag telegraphiert wird, von dem Oberlandmarschall, Fürsten Lobkowitz, mit einer Theil in böhmischer Sprache gehaltenen Rede eröffnet, in welcher er die deutschen Abgeordneten auf das wärmste begrüßte und der freudigen Genugthuung darüber Ausdruck gab, daß sämtliche Vertreter der deutschen Bevölkerung erschienen seien. Mit dem Wiedereintritt dieser Abgeordneten sei ein entschiedener Schritt auf der Bahn der Verständigung geschehen; wie sie loyal eingetreten seien, so werde man ihnen loyal entgegenkommen. Was die Einstellungsvorlagen angehe, so werde bei Beratung derselben zu Tage treten, daß die durch sie geschaffenen Einrichtungen keine der beiden Nationalitäten irgendwie schädigen. Der Zweck des gegenwärtigen Landtages sei, eine Milderung der nationalen Gegensätze herbeizuführen, sowie ein dauerndes friedliches Wirken der Brüderstämme. Die Verständigung sei unter den Aufsichten des Kaisers erfolgt. Der Redner

praktischen Lebens keine Befriedigung fanden, waren die Klöster da. In ihnen wurde die Jugend unterrichtet und Kranke gepflegt. Die Künste, speziell die Musikk, standen hier in großer Blüthe; auch galt es damals noch nicht für ungewöhnlich, wenn eine Schwester die Medicamente bereitete und im Fall der Noth den Arzt vertrat. Die anglistische Fürsorge für die Gesundheit der Frau war auch noch nicht so ausgebildet wie heute und niemand fragte danach, ob eine Schwester, der die Gartenarbeit oblag, sich dabei der Gefahr einer Erkrankung aussetze. Trotzdem mir darüber keine statistischen Berichte vorliegen, glaube ich doch nicht, daß viele Frauen diesem Beruf zum Opfer fielen. Jedenfalls nicht ein solcher Procentatz, als ihn heute die Arbeit an der Nähmaschine aufweist, vor welchem überaus gesundheitsschädlichen Beruf die Arzte war warnen, der aber bei dem Gros der Männer als echt weiblich gilt — natürlich nur bei denen, die nicht aus eigener Erfahrung die Schädlichkeit der Maschinenarbeit kennen gelernt haben.

Die Klöster sind heute nicht mehr die Quelle der Wissenschaft, Kunst und aller humanitären Bestrebungen; an ihre Stelle ist das öffentliche Leben getreten. Auch die wirtschaftlichen Verhältnisse im Hause sind andere geworden. Die Arbeit hat sich hier unendlich vereinfacht, dagegen sind die Ansprüche, die das moderne Leben nach vielen Richtungen hin an die Frau stellt, bedeutend gewachsen. Der Übergang von der alten zur neuen Zeit hat so veränderte Verhältnisse geschaffen, daß das Mädchen innerhalb des Hauses nicht mehr die nötige Bildung für die Leitung eines Haushandes findet. Daß dieses aber nicht erst in neuester Zeit der Fall ist, beweisen wir und unsere Mütter, die wie zum größten Theil unsere Kenntnisse erst in der Praxis und nicht ohne bitteres Lehrgeld

schloß mit enthusiastischen dreimaligen Hoch- und Gläubigen auf den Kaiser, in welche das ganze Haus einstimmte.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, welche heute stattfindet, steht die Beratung sämtlicher Ausgleichsvorlagen. Dieselben betreffen die Curienbildung, ferner die Landtagsmandate des Großgrundbesitzes, nach welchen den Deutschen zwanzig Mandate zugewiesen werden. Ein Bericht des Landesausschusses beantragt einen Beitrag von zwei Millionen aus Landesmitteln zur Schiffsbarmachung der Moldau.

## Ministerkrisis in Japan.

Wie aus Yokohama vom 19. Mai telegraphiert wird, haben im Ministerium von Japan folgende Veränderungen stattgefunden. Es wurden zu Ministern ernannt: Graf Saigo Tsukumichi für das Innere, Yoshikawa Akimasa für den Unterricht, Kubahama Gukenori für die Marine, Matsu für Ackerbau und Handel, Graf Onoma Iwao für den Krieg, Matsukata Masayoshi für die Finanzen und Graf Goto Shojiro für das Verkehrsministerium. — Was dem Ministerwechsel zu Grunde liegt, davon schweigt das Telegramm.

## Reichstag.

9. Sitzung vom 19. Mai.  
Die erste Beratung des Gesetzentwurfs betreffend die Änderung der Gewerbeordnung wird fortgesetzt. Abg. Grillenberger (SOC): Diese Vorlage ist als eine Folge der modernen Arbeiterbewegung zu betrachten. Schon vor 5 Jahren haben wir einen Gesetzentwurf eingebroacht. Damals zog das Haus es vor, die Sozialgesetzgebung der Regierung abzuwarten. Und man hat denn auch ein Sicherungsgebot angenommen, von dem der Hr. Staatssekretär v. Hartmann gesagt hat, es könnte ja sein, daß Ungefehlkeiten dabei vorgekommen seien. Wir können zu diesen Worten des Herrn Staatssekretärs nur unser Einverständnis erklären. Selbstverständlich ist der erste Weg zur Besserung. Die Vorschläge, die wir zu machen haben, stehen theilweise allerdings im Gegensatz zu dieser Vorlage. Man hat unsere Vorschläge vielfach abfällig beurtheilt, so auch ein Theil der freisinnigen Presse. Die „Frankl. Ztg.“ u. a. hat unseren Gesetzentwurf als bloße Demonstration bezeichnet. Nun, dieselbe Zeitung gesteht aber auch zu, daß unsere Vorschläge auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung ständen. So fassen auch wir die Sache auf. Man möge nur zu uns kommen, dann wird man schon zu einer geistreichen Verhandlung über diese Frage gelangen. Lassen Sie Ihre Vorurtheile gegen uns fallen, dann wird diese Verhandlung eine Freude sein. (Heiterkeit) Über die kaiserlichen Erlasse haben sich die deutschen Arbeiter gefreut. Aber irrg ist es, wenn man da und dort behauptet hat, der Sozialdemokratie würde durch die kaiserlichen Erlasse der Wind genommen. Das ist ein Irrthum; schon des bestehenden Militarismus und des wachsenden Steuerdruckes wegen. Haben wir die kaiserlichen Erlasse sympathisch begrüßt, so haben wir uns doch nicht verhehlt, daß zwischen einem kaiserlichen Versprechen und der Realisierung auf gesetzlichem Wege noch ein langer, weiter Weg ist. Sofort nach dem Erscheinen der Erlasse haben sämtliche Parteien erklärt, daß sie das längst selbst gewollt hätten. Dazu gehörten auch die hartgesotteten Manchesteerleute. Aber es dauerte nicht lange, da erklärten zunächst die Heidelberger Gentlemen, vertraten durch die Körnerin, daß in Bezug auf den Arbeiterschutz die kaiserlichen Erlasse doch wohl zu weit gingen. Es sei vielmehr am Platze, jetzt einmal von einem Arbeitgeberrecht zu reden. Diese Seite der Körnerin ist neulich auch von Herrn Hartmann gerührt worden. Ich denke, bis jetzt haben die Unternehmerklassen, die Kapitalisten, Bourgeois, Arbeiter und Junker es wohl verstanden, die Gesetzgebung wenigstens nicht zu ihrem Nachtheile auszuschlagen zu lassen. Der Schlusspassus in dem Regierungsentwurf, welcher von der Veränderung der Paragraphen über den Contractbruch und die Coalitionsfreiheit handelt, ist der beste Beweis dafür, daß diese Einfüllungen, ja diese Verhinderung von der Unternehmerpresse ihre Wirkung nicht ganz verfehlt haben. Ein großer Theil dieser Verhinderungen ist einfach durch das Unternehmertum den Arbeitern entzogen worden. So sprechen die Erlasse von „Gleichberechtigung“ der Arbeiter. Nun, die Contractbruchs-

erworben haben. Auch die Mädchen, die als Stützen, Haushälterinnen u. s. w. ihren Lebensunterhalt verdienen wollen, treten ungern und vorbereitet in ihre Stellung, die deshalb eine so wenig anerkannte ist. Wie machen wir es nun, daß unsere Töchter besser vorbereitet in ihren Beruf treten als wir? Die Erfahrung lehrt, daß gerade die wirtschaftlichsten Frauen ihre Töchter meistens am schlechtesten anleiten, denn nicht jeder, der etwas kann und weiß, ist auch schon ein geschickter Lehrer. Es fehlt oft gerade den besten Hausfrauen an Geduld und dem richtigen Verständnis für Unkenntlichkeit; andererseits wird der Mutter von den Töchtern ein größerer Widerstand entgegenstehen, als einer fremden Lehrerin. Hätte eine Mutter aber auch Talent und Neigung zum Unterrichten, hat sie immer die Zeit zum systematischen Durchführen derselben? Das wirtschaftliche Arbeitsfeld an sich ist kleiner geworden, dahingegen treten andere Ansprüche mit jedem Tage gebietender an die Frau heran. Der Mann kommt bei dem schweren Kampf ums Dasein wenig dazu, sich eingehender um die Kinder zu kümmern. Die eigentliche Erziehung derselben, wie die Beaufsichtigung der Arbeiten liegt in der Hand der Mutter. Mit der neuesten Zeit ist auch die vielgepriesene Kinderstube unter der Allmeherrschafft von „Frau Annchen“ verschwunden; die Kinder sind nicht mehr ein Spielzeug für müßige Stunden der Mütter, sondern ein Gegenstand verantwortungsvoller Beschäftigung. Ein Theil der Männer bedarf der Mithilfe der Frau in seinem Beruf; die Stellung anderer beansprucht Gefälligkeit mit unzähligen Pflichten. Dem allen soll die Frau gerecht werden. Wo bleibt dann ihre Zeit und Kraft zur Einführung der Töchter in die Hauswirtschaft? Was ich hier von den höheren Ständen gefragt, gilt ebenso für den Mittel- und Arbeiterstand. Hier hindert das

Bestimmungen dieses Gesetzes zeigen nichts von Durchführung Gleichberechtigung, sie stellen vielmehr eine neue Art von Socialistengesetz dar! Und wirtschaftlich ist für den Arbeiter nichts geschehen, nichts in Bezug auf Art und Zeitdauer der Arbeit. Wenn in der Schweiz nach dieser Richtung hin schon so vieles geschehen ist, dann muss es als eine bedeutsame Haltung bezeichnet werden, daß hier in Deutschland in dieser Richtung noch immer nichts geschehen soll. Man hätte doch wenigstens der kleinen Schweiz und Österreich es nachmachen sollen! Für die Frauen hat man eine doppelte Art Arbeitstag festgesetzt. Und man will uns damit trösten, daß das Prinzip des Normalarbeitsstages anerkannt sei. Auf der anderen Seite aber sagt man den Unternehmern: der Normalarbeitstag für die Weiber ist noch lange keiner für die Männer. Ihr habt die Consequenz der Normalarbeitslager für die Weiber garnicht zu führen. Eure Interessen bleiben gewahrt! Nun, ein solches Auseinandertragen ist vom Uebel. Bei so wichtigen Dingen ist es nicht richtig, den Punkt zu waschen, ohne ihn nah zu machen. Sie sollten nicht das Unternehmerthum, das ohnehin übermäßig ist, noch schüren auf Kosten des Arbeiters. Man spricht so gern davon, daß die Industrie durch die Versicherungs-Gesetze ohnehin schon schwer belastet würde. Das ist übertrieben. Wenn man alles zusammenrechnet, was die Arbeitgeber zu zahlen haben, so entfallen pro Kopf des Arbeiters 15, höchstens 20 Mk. aufs Jahr. Wenn man nun rechnet, daß die Arbeitgeber auch nur die Hälfte von dem verdienen, was sie als Löhne auszahlen, so kommen diese paar Mark gar nicht in Betracht; nur der reine Profit des einzelnen Unternehmers wird um ein paar Prozent beschränkt. Ich gehöre auch einer Firma an, welche eine statliche Anzahl Arbeiter beschäftigt; ich kann aber nicht sagen, daß durch die Beiträge, die uns durch verschiedene Gesetze ausgeladen sind, das Geschäft so sehr gefährdet sei; im Gegenteil, wir würden sofort einen achtstündigen Arbeitsstag einführen, wenn die Concurrenz durch das Gesetz gewungen würde, dasselbe zu thun. Durch die Verkürzung der Arbeitszeit wird die Arbeitskraft des betreffenden Lohnarbeiters erheblich gesteigert und der Ausfall an Arbeitszeit durch eine intensivere Arbeit wieder eingebracht. Außerdem kann durch die Verbesserungen der Maschinen ein erheblicher Theil dieser Versäumniss wieder eingeholt werden. Es wird behauptet, daß die ganze Lohn erhöhung auf die Produktionskosten übergeht werden würde. Zu den Produktionskosten würde der Arbeiter nur zu einem Viertel oder Fünftel mitzutragen haben, der Rest würde auf die bestehenden Klassen entfallen. Es ist auch nicht wahr, wie in der „Ration“ behauptet ist, daß in den letzten Jahren die Löhne überhaupt in steigender Tendenz begriffen seien. Die Gehölle sind hier und da gesunken, der Reallohn aber nicht, denn durch Ihre geniale Gesetzgebung sind alle Lebensmittel in den letzten Jahren enorm verteuert worden. Bei einer Verkürzung der Arbeitszeit würde das Unternehmerthum sofort darnach trachten, diese Verkürzung durch eine Verbesserung der Technik auszugleichen. Die englischen Aerzte haben schon 1833 erklärt, daß ein achtstündiger Arbeitstag bei der Entwicklung der englischen Industrie ausreichend sei und nothwendig, um den Arbeitern einen menschenwürdigen Dasein zu gewähren, und die österreichischen Aerzte haben sich für einen zehnstündigen Arbeitstag ausgesprochen. Jedenfalls darf man bei der Prüfung dieser Fragen unter keinen Umständen die Unternehmer als Sachverständige gelten lassen. Das „Evangelische Sonntagsblatt“ sagt, die Bewegung für den Achtfundstag mache den alten Spruch wahr, daß der Müßiggang aller Laffer Ansang sei, denn die Arbeiter wüssten nicht, was sie mit ihrer freien Zeit anfangen sollen. Im Gegenteil, jetzt kommt der Arbeiter zu keiner edler Beschäftigung und ist zum Wirtschaftshausbesuch und Schapsgenuß verdammt. Die Beamten haben ja bereits den Achtfundstag, müssen also lauter Müßiggänger sein. Graf Moltke meint, die Begehrlichkeit der vom Schicksal minder Begünstigten fördert Frieden. Wenn Graf Moltke Gelegenheit hätte, das Leben und Treiben in der Industrie zu beobachten, würde er sehen, daß die unersättliche Begehrlichkeit und Profitwirth der Unternehmer, welche sogar die Gesetzgebung zu ihren Gunsten missbrauchen, es ist, welche den Frieden stört. Wenn uns das freie Vereinigungsrecht gegeben wird, so ist das ja viel, aber damit allein ist es nicht gethan, wir müssen in dieser Beziehung die nötige Unterstützung seitens des Staates erhalten, wir müssen geschicklich gegen die Ausbeutung der Unternehmer geflüchtet werden. Wir erkennen an, daß mit dem Gesetzentwurf ein großer Schritt vorwärts gemacht wird. Es sind aber noch mancherlei Mängel darin. Die Trennung der Geschlechter genügt nicht, um die Gefährdung der Sittlichkeit zu verhindern; die Gefahr ist viel größer, wo die Geschlechter getrennt arbeiten und nur gelegentlich zusammenkommen und bei der Nacharbeit. Zur Vertretung der Interessen der Arbeiter hatten wir die Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse oder Arbeiterkammern für nothwendig. Wir können uns nicht erwärmen für die Berufung von dem gewerblichen Schiedsgericht am Landgericht, wir halten es aber für sehr wünschenswert, daß eine Berufung an ein Arbeitsamt stattfinde, da hier Arbeitgeber und Arbeiter zusammen die gemeinschaftlichen Interessen wahrnehmen könnten. Als oberste Spitze denken wir uns das Reichsarbeitsamt, welches namentlich den Schutz gegen die ausländische Concurrenz als seine Aufgabe zu betrachten hätte. Dagegen können wir uns nicht für die Verschärfungen gegen die jehige Gesetzgebung erklären, so namentlich die Verschärfung der Bestimmungen betreffend die Arbeitsbücher und die Lohnzahlung an die Eltern Minderjähriger; diese Bestimmungen sind undurchführbar. Mit der Einführung

der Arbeitsordnungen können wir uns nur unter der Bedingung einverstanden erklären, wenn dieselben seitens der uns vorgeschlagenen Behörden genehmigt werden. Für den Contractbruch und die Berufserklärung sollen Strafbestimmungen eingeführt werden, die in Arbeiterkreisen das größte Erstaunen hervorgerufen haben. Von den Schöpfgerichten, wo der Bourgeois über den Arbeiter zu Gericht sitzt, wurden bisher schon harte Urtheile gefällt, die haben sich die Bourgeois an den Arbeitern gerächt, auch die Landgerichte haben die Berufserklärungen streng gehandelt; und nun sollen noch härtere Bestimmungen eingeführt werden. Wo bleibt da das Coalitionsrecht, und wie will man das damit vereinigen, daß man die Coalitionsen der Arbeitgeber, auch wenn sie lediglich gegen die Arbeiter gerichtet sind, unbefriedigt läßt? In Dresden hat sich der Staatsanwalt geweigert, gegen diejenigen, welche die schwärmerischen Lieder der Unternehmer, die in Beruf erklärten sind, verbreiteten, einzutreten, und nun sollen so schwere Bestimmungen gegen den Contractbruch getroffen werden! Wir sind der Meinung, daß alle diese Bestimmungen aus dem Gesetze verschwinden müssen. Seitens der Unternehmer wird fortwährend gefrevelt gegen die Gewerbeordnung, indem sie allen Arbeitern, die sich an einem Streik beteiligt haben, ein Zeugnis entziehen, welches es ihnen unmöglich macht, bei irgend einem anderen Unternehmer Arbeit zu finden. Das wird durch Einführung dieser neuen Bestimmungen noch schlimmer werden. Wenn das Unwesen des Streikes darin erblickt wird, daß immer junge Leute an die Spitze gestellt werden, so ist das doch nur natürlich, da diese am wenigsten unter den Maßregelungen leiden. Auch vondemokratisch-freisinniger Seite hat man uns übernommen, daß wir einseitig Strafbestimmungen gegen die Unternehmer vorschlagen. Das ist begründet in dem hunderfsachen kapitalistischen Uebergewicht der Unternehmer. Wenn man die Arbeiter verhindern will, an ihren Berufsverbänden teilzunehmen, wenn man das Coalitionsrecht gänzlich vernichten will, so liegt darin ein Widerstreit, auf den wir sofort den richtigen Triumph zu sehen beschlossen haben. In einer solchen Zeit wie der jetzigen duct man sich nicht vor den feindlichen Bomben hinter seine Schanzen, sondern dreht den Spieß um und geht zum Angriff über. Darum sagen wir: nein, dem Unternehmer gehört eins auf den Kopf für solche Ungehörigkeit. (Bewegung, hört hört und Heiterkeit rechts.) Der große Hamburger Gasarbeiterstreik ist auch hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß der Director und Bäcker der Gaswerke sich veranlaßt fanden, den Arbeitern verbieten zu wollen, sich einem Fachverein anzuschließen. Diesen Übergriffen des Kapitals und der Unternehmerverbände gegenüber, die ebenso auf dem Gebiete der Innungen stattfinden, gibt es kein Gesetz und keinen Staatsanwalt; hier muß der Reichstag einbrechen. Die ungeheure Verbitterung der Arbeiterklasse und die lange Dauer der Streikes in den letzten Jahren ist wesentlich erzeugt worden durch die gemeingefährliche Anwendung des Socialistengesetzes, die Streikerei Putthamer und diese kapitalistischen Uebergriffe. Wir verlangen die Ausdehnung der von uns vorgeschlagenen Arbeiterschutzbestimmungen auf die Hausindustrie, das Handwerk und die kaufmännischen Gewerbe; die Landwirtschaft ist ein Blümchen, welches man nicht anrühren darf, ohne sofort die volle Entfaltung der Herren von Rechten auf sich zu ziehen, das hindert uns aber nicht, die Ausdehnung unserer Schutzbestimmungen auch auf die Landwirtschaft zu verlangen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. v. Stumm (Reichstag): Der Vorredner hat seine Friedenssehnsucht am besten mit dem Grundzah illustriert: Die Unternehmer sind es, die wir auf den Kopf schlagen wollen. Die Löhe sind um das Doppelte und Dreifache höher gestiegen als die Lebensmittelpreise. Der achtfündige Normalarbeitsstag ist eine Utopie, die Sie im Herzen sicher selbst dafür halten. Jedenfalls wird es nicht internationales Gemeingut werden, wenn wir ihm zum Gesetz erheben. Der Vorwurf, daß der Entwurf die Gleichberechtigung der beiden Parteien durch die Strafbestimmungen zerstöre, ist ungerechtfertigt. Der § 153 garantirt gerade die Gleichberechtigung beider Factoren, und die von Hrn. Grillenberger versuchte Beweisführung ist dafür der beste Beweis. Dergleichen Behauptungen aufzustellen, hat fast etwas Kindisches. (Präsident v. Levetzow rügt diesen Ausdruck als ungültig.) Der Abg. Schröder hat gemeint, diese Vorlage beweise, daß das Socialistengesetz aufgegeben sei. Ich bin jedoch nicht so orientiert in den Kreisen des Bundesrats wie der Abg. Schröder. Ich vermuthe aber, daß ein Socialistengesetz entweder vom Bundesrat oder von Seiten des Reichstages noch kommt. (Unruhe links.) Ich bin sogar der Überzeugung, daß nach dem 1. Oktober d. J. Zustände eintreten können und werden, welche selbst den Abg. Schröder und seine Hintermänner dazu bringen werden, einem Socialistengesetz später zuzustimmen. Ich betrachte diese Vorlage als einen erheblichen Schritt nach vorwärts. Ichtheile aber nicht die Ansicht des Abg. Miquel, daß dies lediglich ein erster Schritt sei, dem bald andere folgen müßten, sondern ich glaube, daß wir mit diesem Gesetz zu einem gewissen Abschluß und dadurch zur Ruhe kommen. Der Abg. Miquel hat sich für eine Arbeiterorganisation ausgesprochen und sich dabei auf England begeben. Wenn Hr. Miquel die englischen Verhältnisse kennt, so würde er wissen, daß man in England die Trades Unions höchstens noch als nothwendiges Uebel betrachtet. Die Arbeitgeber müssen sich gegen den Terrorismus dieser Vereinigungen wehren; sie werden den Arbeitern ebenso rücksichtlos den Krieg erklären müssen, wie er ihnen erklärt worden ist. Die Organisationen, die Hr. Miquel im Auge hatte, müssen nothwendig die Arbeiter in die Hände einer

in sich hatte, er sich tröstete im Hinblick auf das Kind und in der Hoffnung, daß es anders werden könnte. Wenn aber dieser sittliche Fonds ihm abging, oder wenn er mit all seinen Wünschen und Hoffnungen nichts erreichte, dann trat er den Weg an, den alle solche Leute gehen. Die weitere Folge ist, daß die Leute nach und nach ihre Wirtschaft verfehlten und der Mann, der Gewohnheitsstrinker geworden ist, nicht mehr arbeitet, um seine Familie zu erhalten. Dies das Schicksal, welches ich häufig constatirte musste. Umgekehrt findet man aber noch eine große Anzahl Arbeiter, die bei gleichem Einkommen und bei gleicher Anzahl Kinder, als die er erstgenannten, ein zufriedenes Leben führen. Dach sie das konnten, war das Verdienst der Frau.“

Die Urtheile eines belgischen Fabrikinspectors und des Reichstagsabgeordneten für Wiesbaden über die Ursache der Verarmung stimmen mit dem Bericht des Herrn Oberbürgermeisters überein. Herr Kalle sagt sehr treffend: „Um mit dem Wenigen, was einer Frau zur Verfügung steht, das Haus so zu führen, daß Gesundheit, Behaglichkeit und Zufriedenheit in der Familie herrschen, bedarf es eines recht großen Maßes von Einsicht, Kenntniß und Fähigkeiten, die nicht angeboren sind, sondern erworben werden müssen!“ So weit der Abgeordnete!

Jeder Mann, der das kleinste Gewerbe ergreift, geht erst in die Lehre, nur wir Frauen sollen einen Haushalt ohne Unterricht, allein durch Eingebung und etwas Absehen führen lernen. Man vergesse aber nicht, daß das dabei gezahlte Lehrgeld selbst in den Haushänden, die es extragen können, der jungen Frau eine Menge Kränkungen und Kummerneisse bereitet, indem sie sie plötzlich Ausgaben gegenüber sieht, denen sie in keiner Weise gewachsen ist. Auch ist nicht jeder Ehemann einstlichtig genug, den Mangel an wirtschaftlicher Ausbildung den Verhältnissen zuzuschreiben, sondern er macht die Frau dafür verantwortlich. (Schluß folgt.)

politischen Partei führen. Wo heute noch ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern besteht, ist weder Fach- noch Gewerbeverein vorhanden; wo diese sind, ist überall Zwiespalt. Wollen Sie den Frieden, so organisieren Sie nicht künftig einen vierten Stand; verlangen Sie nicht, daß ein Dritter zwischen Arbeitgeber und Arbeiter tritt, sondern lassen Sie sich beide persönlich mehr nähern. — Leicht wird sich eine Verständigung über den eigentlichen Arbeitsschutz in Bezug auf Frauen, Kinder- und Sonntagsarbeit erzielen lassen, und ich würde eventuell hierin sogar zu einer Einblöck-Annahme bereit sein. Dagegen sind die anderen Theile des Entwurfs außerordentlich streitig, und ich möchte daher anheimstellen, diese Dinge herauszunehmen, die Erledigung der anderen Fragen aber bis zum Herbst hinauszchieben, sonst dürfte garnichts herauskommen. Die Bedenken gegen die Verordnungsbesitznugis der Polizei nach diesem Gesetz erledigen sich am besten, wenn die Mithilfe der Berufsgenossenschaft in Betracht gezogen würde. Die Strafbestimmungen gegen den Contractbruch sind durchaus entsprechend. Dagegen sind die für Verleihung der Fabrikordnung festgestellten Maximalstrafen bedenklich, einmal weil ein Theil der selben zu hoch geprägt, ein anderer Theil aber wirkungslos ist. Man schafft durch solche Strafen nur Nadelstreiche, die den Arbeiter verbittern. Wohl aber sollten Strafen festgesetzt werden für Durchstechereien und Bestechungen von vorgesetzten Beamten durch die Arbeiter. (Abg. Grillenberger: Wohl auch für Zeitungslese!) Wenn ein Arbeiter eine von mir nicht gewünschte Zeitung liest, dann bestrafe ich ihn nicht, sondern entlasse ihn. Und ich werde es auch in Zukunft so halten. (Unruhe bei den Soc.) Das persönliche Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgeber darf nicht untergraben werden. (Beifall rechts.)

Abg. Segelski (P.): Die wichtigste Bestimmung der Vorlage ist die über die Sonntagsruhe. Der Mangel an Religion kann durch abstrakte Moral nicht ersetzt werden. Mit Freuden begrüßen wir die Paragraphen, welche sich auf die Schonung der Frauen und Kinder erstrecken. Ob an Stelle der Einschädigung beim Contractbruch eine Buße zu sehen ist, ist mir zweifelhaft. Vielleicht wäre eine Buße nur dann in Anfah zu bringen, wenn ein genauer Schadennachweis nicht zu führen ist. Die Forderung eines Normalarbeitsstages ist weiter nichts als ein Agitationsmittel. Ist die Regierung wirklich auf die Zufriedenheit in der Arbeiterwelt bedacht, so mag sie vor allem die Germanisierung der polnischen Schulen aufgeben.

Abg. Winterer (El.): steht der Vorlage sympathisch gegenüber. Die achtstündige Arbeitszeit kann man nicht ohne weiteres einführen, dadurch würde der Verdienst der Arbeiter zu sehr herabgedrückt werden. Bezuglich der Bestrafung des Contractbruches müssen wir einige Ausstellungen, welche Hr. Schröder und Hr. Miquel gemacht haben, vollständig ablehnen. Streikes sind nicht mein Ideal, aber sie sind gegenwärtig das einzige Mittel, um dem Arbeiter zu seinem Recht zu verhelfen. So lange der Lohn des Arbeiters von der unbarmherzigen Concurrenz abhängt, so lange darf die Coalitionsfreiheit nicht eingeschränkt werden.

Abg. Winterer (El.): steht der Vorlage sympathisch gegenüber. Die achtstündige Arbeitszeit kann man nicht ohne weiteres einführen, dadurch würde der Verdienst der Arbeiter zu sehr herabgedrückt werden. Bezuglich der Bestrafung des Contractbruches müssen wir einige Ausstellungen, welche Hr. Schröder und Hr. Miquel gemacht haben, vollständig ablehnen. Streikes sind nicht mein Ideal, aber sie sind gegenwärtig das einzige Mittel, um dem Arbeiter zu seinem Recht zu verhelfen. So lange der Lohn des Arbeiters von der unbarmherzigen Concurrenz abhängt, so lange darf die Coalitionsfreiheit nicht eingeschränkt werden.

Abg. v. Stumm (Reichstag): Der Vorredner hat seine Friedenssehnsucht am besten mit dem Grundzah illustriert: Die Unternehmer sind es, die wir auf den Kopf schlagen wollen. Die Löhe sind um das Doppelte und Dreifache höher gestiegen als die Lebensmittelpreise. Der achtfündige Normalarbeitsstag ist eine Utopie, die Sie im Herzen sicher selbst dafür halten. Jedenfalls wird es nicht internationales Gemeingut werden, wenn wir ihm zum Gesetz erheben. Der Vorwurf, daß der Entwurf die Gleichberechtigung der beiden Parteien durch die Strafbestimmungen zerstöre, ist ungerechtfertigt. Der § 153 garantirt gerade die Gleichberechtigung beider Factoren, und die von Hrn. Grillenberger versuchte Beweisführung ist dafür der beste Beweis. Dergleichen Behauptungen aufzustellen, hat fast etwas Kindisches. (Präsident v. Levetzow rügt diesen Ausdruck als ungültig.) Der Abg. Schröder hat gemeint, diese Vorlage beweise, daß das Socialistengesetz aufgegeben sei. Ich bin jedoch nicht so orientiert in den Kreisen des Bundesrats wie der Abg. Schröder. Ich vermuthe aber, daß ein Socialistengesetz entweder vom Bundesrat oder von Seiten des Reichstages noch kommt. (Unruhe links.) Ich bin sogar der Überzeugung, daß nach dem 1. Oktober d. J. Zustände eintreten können und werden, welche selbst den Abg. Schröder und seine Hintermänner dazu bringen werden, einem Socialistengesetz später zuzustimmen. Ich betrachte diese Vorlage als einen erheblichen Schritt nach vorwärts. Ichtheile aber nicht die Ansicht des Abg. Miquel, daß dies lediglich ein erster Schritt sei, dem bald andere folgen müßten, sondern ich glaube, daß wir mit diesem Gesetz zu einem gewissen Abschluß und dadurch zur Ruhe kommen. Der Abg. Miquel hat sich für eine Arbeiterorganisation ausgesprochen und sich dabei auf England begeben. Wenn Hr. Miquel die englischen Verhältnisse kennt, so würde er wissen, daß man in England die Trades Unions höchstens noch als nothwendiges Uebel betrachtet. Die Arbeitgeber müssen sich gegen den Terrorismus dieser Vereinigungen wehren; sie werden den Arbeitern ebenso rücksichtlos den Krieg erklären müssen, wie er ihnen erklärt worden ist. Die Organisationen, die Hr. Miquel im Auge hatte, müssen nothwendig die Arbeiter in die Hände einer

L. [Antrag bezüglich der Handlungshilfen.] Der Abg. Goldschmidt hat mit Unterstützung der Mitglieder der freisinnigen und nationalliberalen Partei einen Gesetzentwurf eingebracht, welcher den Handlungshilfen dasselbe Recht gewährt, das der Gewerbeordnung den Arbeitern zuspricht, d. h. das Recht, beim Ausstieg aus einem Dienstverhältnis ein Zeugnis über die Art und Dauer der Beschäftigung zu fordern. Das Zeugnis kann auf Verlangen der Handlungshilfen auch auf ihre Führung ausgedehnt werden.

L. [Das Centralcomité der freisinnigen Partei] bestehend aus den zur Zeit hier anwesenden Mitgliedern der Reichstagsfraktion und den Partei-fraktionen gesetzgebender Körperschaften, tritt heute Abend zu seiner Constitution und zur Wahl der (13) Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses zusammen. Der letztere bestellt einen engeren Ausschuß von 7 Mitgliedern zur Führung der Geschäfte.

\* [Für Bismarck über seine Entlassung.] Von Bismarcks Rücktritt hat Herr des Houx den Eindruck gewonnen, daß derselbe ein definitiv ist. Für Bismarck sagte:

„Ich begreife Ihr französisches Gesetz nicht, welches Generäle oder Beamte von 60 oder 65 Jahren zur Pensionierung und Unthätigkeit verurtheilt; in diesem Alter kann man noch in voller Kraft sein. Mich hat man mit 75 Jahren „abgehaltert“ und ich fühle mich noch viel zu jung, um nichts zu thun. Ich war an die Politik gewöhnt, sie fehlt mir.“ Als des Houx höflich darauf hindeutete, daß die Rückberufung ins Ende vollständig zu Ende, mehr als Sie glauben, nicht untergraben werden. (Beifall rechts.)

\* [Der Gesellschaftsbericht der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft] für das Jahr 1889 constatiert wiederum einen Verlust von 369 739 Mark. Das Gesellschaftskapital hat andererseits keinerlei Vermehrung erfahren. Das Kapital-Conto beläuft sich nach Abrechnung der nicht eingezahlten Beträge auf 3 147 600 Mk., dem ein „Landbeizconto“ von 2 404 289 Mk. gegenübersteht. Die realisierbaren Effecten und Bankierguthaben der Gesellschaft betragen noch nicht 400 000 Mk. Die Gesellschaft schuldet dem Sultan von Janzibar noch 200 244 Mk. aus den Zollerkrägen.

Spandau, 19. Mai. Eine Anordnung der Staatsfabriken verbietet den darin beschäftigten Arbeitern, Geldsammlungen für streikende Arbeiter zu veranstalten.

Hamburg, 19. Mai. Die „Hamburger Nachrichten“ veröffentlichen eine ihnen vom Major Liebert unter Bezugnahme auf die beigänglichen Bestimmungen des Preßgesetzes zugegangene Verichtigung, welche befagt, es sei thathaftlich unrichtig, daß er Ausführungen über die Unbedienlichkeit englischer Offiziere in Afrika gemacht habe, wie die „Hamburger Nachrichten“ solche in einer Correspondenz am 16. Mai veröffentlicht hätten. Er müßte als deutscher Offizier Verwahrung dagegen einlegen, daß ihm eine derartige unerhörte und unzutreffende Kritik gegen eine uns eng befreundete Nation und Armee unterstellt werde. Die „Hamburger Nachrichten“ fügen der Berichtigung hinzu, sie fänden den Unmuth des Majors Liebert vollkommen gerechtfertigt,theilten denselben und bedauerten, daß die redactionell beaufstandete Correspondenz versehentlich doch abgedruckt worden sei.

Hannover, 19. Mai. Die Spinner der Hannoverschen Spinnerei und Weberei sind trotz ihrer schriftlich gegebenen Zusicherung, zur Arbeit zurückzukehren, heute nicht zur Arbeit erschienen; nur ein Theil der Spinnerinnen arbeiten. Der Streik dauert daher fort; die Streikkasse hat von Auswärts neuen Zuschuß erhalten.

Eine Versammlung von Seifenfabrikanten aus der Provinz Hannover und den angrenzenden Landesteilen beschloß einstimmig, eine wesentliche Erhöhung der Fabrikate entsprechend der Preissteigerung des Rohmaterials und der Erhöhung der Arbeitslöhne.

Wien, 19. Mai. Eine hier eingetroffene Deputation preußischer Offiziere begibt sich morgen in das Brucker Lager, um der Detailinspektion der dort versammelten Truppen durch den Kaiser beizuhören.

Peterwardein, 19. Mai. Zu der Jubiläumsfeier des den Namen des Kaisers Alexander führenden Infanterie-Regiments Nr. 61 traf der Militärattaché der russischen Botschaft in Wien, Oberstleutnant Juwen, hier ein und wurde mit besonderer Auszeichnung empfangen. Vormittags wurde in der Feuerkapelle griechisch-katholischer Gottesdienst abgehalten. Hierauf defilierte das Regiment vor Juwen, welcher in voller Galauniform erschien war. Mittags fand im Offizierscasino ein Diner statt, an welchem das gesamte Offizierkorps, sowie die Epiken der Civil- und Militärbehörden teilnahmen. Am Laufe des Vormittags war eine Depesche des Kaisers Alexander eingetroffen, in welcher derselbe in huldvollen Worten sein musterhaftes Regiment begrüßte und erklärte, er sei stolz. Inhaber deselben zu sein. Anknüpfend an diese Depesche brachte der Regimentscommandeur Oberst Hoffmann bei dem Diner den ersten Toast aus, indem er hervorhob, das Regiment sei von Gott erfüllt über die Worte des Kaisers Alexander welche zwischen dem Regiment und dessen Inhaber ein neues Band bilden. Die Rode schloß mit einem dreimaligen Hurrah auf den Kaiser, worauf 24 Kanonenläufe abgegeben wurden und die Musik die russische Hymne intonierte. Juwen erwiderte mit einem dreimaligen Hoch auf den Kaiser und beschütze Ge. Majestät viele Jahre. Hierauf spielte die Musik die österreichische Volks-hymne, während wiederum 24 Kanonenläufe abgespielt wurden.

England. London, 19. Mai. Auf Anordnung der Regierung werden am 2. Juni cr. zwei Kanonenboote von geringem Liegung nach Afrika abgehen, um am Zambeziufluss Station zu nehmen. (W. T.)

Italien. Rom, 19. Mai. Die Kammer hat in zweiter Lesung den Antrag Imbrianis, eine Enquête über die Tabakverwaltung vorzunehmen, mit großer Majorität abgelehnt. Nach der Abstimmung erklärte der Finanzminister, er werde alle die Tabakverwaltung betreffenden Documente aus eigenem Antriebe der Budgetcommission vorlegen.

Rom,

der Liebe zwischen den italienischen und anderen Nationen gewesen zu sein. (W. L.)

#### Dänemark.

Kopenhagen, 19. Mai. Nach den bis jetzt getroffenen Bestimmungen dürfte der König nächsten Donnerstag seine Radereise nach Wiesbaden antreten. (W. L.)

Kopenhagen, 19. Mai. Eine von sämtlichen hiesigen Schiffshedern heute hier abgehaltene Versammlung beschloß einstimmig, die von den Heizern und einer größeren Anzahl von Matrosen gestellten Forderungen abzulehnen und an den bisherigen Lohnbedingungen festzuhalten. (W. L.)

Am 21. Mai: **Danzig, 20. Mai.** M.-A. Tage, S.-A. 3.51, II. 8.3. **M.-A. 10.44.**

Weiterauszüchen für Mittwoch, 21. Mai, auf Grund der Berichte der deutschen Geewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland:

Meist heiter und trocken; frische böige kühle Winde, sonst warm; wechselnd wolig, teils bedeckt. Starke Winde an den Küsten. Später strichweise Gewitter.

#### Für Donnerstag, 22. Mai:

Meist heiter, schön, warm; frischer böiger Wind, wandernde Wolken. Strichweise Gewitterregen.

#### Für Freitag, 23. Mai:

Vorwiegend heiter, warm, schön; vielfach aufwischender böiger Wind; veränderlich wolig. Stellenweise Gewitterregen.

#### Für Samstagabend, 24. Mai:

Wetter und Temperatur wenig verändert; frisch bis stark windig; wechselnd wolig. Strichweise Gewitter und Gussregen.

\* Der Kaiser huldigt jetzt, wie aus Christburg gemeldet wird, in Pröckelnitz lebhaft der Jagd auf Rehböcke. Schon am Sonntag Abend, bald nach der Ankunft, erlegte der Kaiser 3 Rehböcke, darunter einen Kapitalbock, der 14 Jäcken im Gehörn hatte. — Für den Monat Oktober hat der Kaiser bei dem Diner in Königsberg einen Jagdaufenthalt in der Komitter Haide bei Theerode in Ostpreußen in Aussicht gestellt.

\* Verein für Rettung Schiffbrüchiger. In der gestern Nachmittag im Artushofe abgehaltenen Generaversammlung des Danziger Bezirksvereins der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger erstattete die Bezirksverwaltung einen ausführlichen Bericht über das vergangene Verwaltungsjahr. Der Bericht, welcher den Vereinsmitgliedern gedruckt zugehen wird, erinnert an die vor 25 Jahren, am 4. Mai 1865, auf Anregung der Herren Capitän Albert Wagner und Corvetten-Capitän Werner erfolgte Gründung des Vereins, welcher sich noch in denselben Jahren der am 29. Mai in Aiel begründeten deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger als Bezirksverein anschloß. Von den damaligen Vorstandsmitgliedern gehörten die Herren Capt. Borsig, Consul Brinckman, Commerzienrat Damme, Schiffsbauemeister Derient, Geh. Commerzienrat Gibbsone und Commerzienrat Paleske auch heute noch der Bezirks-Verwaltung an, während der erste Vereinsvorsitzende Herr Geh. Commerzienrat Bischoff am 29. Dezember 1879 und der um das gesamte deutsche Seerettungswesen verdiente Capitän Albert Wagner am 10. November v. J. verstorben sind. Die beiden Rettungsboote in Pasewark und auf der Westerplatte zu Neufahrwasser tragen ihre Namen. Der Bericht schildert sodann die durch das einträchtige Zusammenwirken der Bezirksvereine (23 an der Küste und 34 im deutschen Binnenlande) und der 249 Vertreterchaften, unter der vorzüglichen Leitung des seit 25 Jahren an der Spitze stehenden Herrn Consul H. H. Meier-Bremen erfolgte außerordentliche Entwicklung der deutschen Gesellschaft, welche heute über 48 000 Mitglieder zählt, über eine Jahresentnahme von ca. 260 000 Mark verfügt und mehr als 110 Rettungsstationen unterhält. Im Jahre 1889 sind bei 43 Schiffsunfällen an der deutschen Küste von den verunglückten 231 Personen nicht weniger als 222 gerettet worden.

Der Danziger Bezirksverein unterhält auf der Außenstrecke von Leba i. Pomm. bis Polens an der Grenze zwischen West- und Ostpreußen 14 Stationen, nämlich in Leba (errichtet 1865/66), Koppalin (1865/66), Karwenbruch (1889), Großen-dorf (1869), Puhler Heisterneß (1871), Hela (1867), Neufähr (1868), Pasewark (1877), Steegen (1868), Prößberna (1867), Neukrug (1871) und die am 1. Januar 1888 seiner Verwaltung übergekommenen drei, früher fiskalischen Stationen in Neufahrwasser. Von diesen sind Leba, Koppalin, Karwenbruch, Hela, Neufahrwasser, Loosienamt und Westerplatte und Pasewark Doppelsationen, d. h. mit Rettungsboot und Raketenapparat ausgerüstet. Neufahrwasser Hafensbasin und Neufähr sind einfache Boot-, Großen-dorf, Heisterneß, Steegen, Prößberna und Neukrug einfache Raketenstationen.

Wegen der im Jahre 1. April 1889/90 an der Küste zwischen Leba und Polens vorgekommenen Strandungen, Rettungen aus Gegegefahr und Alarmierung von Stationen enthält der Bericht ausführliche Mittheilungen über 7 hier vorgekommene Seenfälle. In 3 Fällen sind zusammen 9 Personen gerettet worden. In 4 Fällen sind die auf Strand gekommenen Schiffe wieder abgebracht worden, in 2 Fällen unter Beistand der Rettungsmannschaften.

Die Jahresrechnung des Bezirksvereins schließt in Einnahme (einfachlich 2620,89 Mk. Raffenbestand vom Vorjahr) und Ausgabe (einfachlich 4676,78 Mk. Vortrag auf das neue Jahr) mit 43 934,40 Mk. Unter den Einnahmen befinden sich 3377 Mk. an eigenen Beiträgen und 37 550 Mk. Überweisungen aus der Gesellschaftskasse. Von den Ausgaben sind auf die Neueinrichtung und vervollständigung der Stationen 33 718 Mk. verwendet, außer den Kosten der von der Gesellschaft gelieferten Geräte (des Rettungsbootes „Friedrich Kapp“ für Karwenbruch und zweier Raketenapparate für Karwenbruch und Pasewark). Der Voranschlag für das neue Jahr 1890/91 schließt in Einnahme und Ausgabe ab auf 41 300 Mk., darunter 34 500 Mk. für neue Stationseinrichtungen.

Der Bezirksverein zählt zur Zeit 506 Mitglieder, darunter 218 in Danzig, 176 in Elbing, 31 in Lauenburg, 11 in Liegenhof, 41 an den Stationen und 29 an anderen Orten des Bezirkes. Eine Vergrößerung dieser Zahl erscheint sehr wünschenswert! Die Mitgliedschaft wird erworben durch einen jährlichen Beitrag von mindestens 1,50 Mk.

Nach Erfassung des Berichtes wurde der Verwaltung für die Jahresrechnung 1888/89 Entlastung erteilt, die Prüfung der Rechnung für 1889/90 zwei Revisoren übertragen, der Voranschlag für 1890/91 festgestellt und die Bezirks-

verwaltung durch Jurus auf drei Jahre wieder gewählt. Dieselbe hat sich in ihrer nachfolgenden Sitzung constituiert und Herrn Commerzienrat Damme zum Bezirksvorsteher, Herrn Geheimer Commerzienrat Gibbsone zu dessen Stellvertreter und zum Rassenführer, Herrn Ehlers zum Schriftführer und Herrn Stadt-rath Trampe zum stellvertretenden Schriftführer gewählt, und mit der speciellen Aufsicht über die Stationen wiederum Herrn Capitän Spalding beauftragt. Zu Delegirten für die am 29. d. M. in Aiel stattfindende Jahresversammlung des Gesellschaftsausschusses wurden die Herren Damme, Hafenbaudirektor Kummer und Ehlers gewählt.

\* [Polizei-Verordnung für Radfahrer.] Die neue Polizei-Verordnung für den Verkehr der Radfahrer, auf deren Erlass wir schon hingewiesen haben, ist nunmehr erschienen. Dieselbe tritt am 1. Juni in Kraft und bestimmt für den Stadtbezirk Danzig in wesentlichen Folgendes:

Das Besetzen der öffentlichen Wege, Plätze und Straßen mit Fahrrädern jeder Art ist nur Personen, welche das 14. Lebensjahr vollendet haben, und diesen auch nur dann gestattet, wenn das Fahrrad mit Lenk- und Hemmvorrichtung, Signalschlange und einer ihm seitens der Königl. Polizei-Direction verliehenen Nummer-Platte versehen ist und der Führer eine ihm von derselben Behörde verliehene Fahrkarte mit correspondirender Nummer, welche auf seinen Namen lautet, bei sich führt. Die Metallplatten mit Nummer, sowie die Fahrkarten werden gegen Erfüllung der Auslagen ertheilt. Die Nummernplatten sind berichtig am Fahrrade anzubringen, doch sie von beiden Seiten deutlich gelesen werden können. Während der Dunkelheit ist das Fahren nur gestattet, wenn das Fahrrad mindestens eine erleuchtete, am Glaskreis ebenso wie mit der Fahrkarten- und Plattennummer entsprechende Nummer von mindestens 3,3 Cm. Höhe versehene Laternen führt. Das Fahren ist nur auf denjenigen öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen erlaubt, auf denen ein Fahren von Fuhrwerken gestattet ist. Untersagt ist es insbesondere auf allen nur für den Fußgänger-Verkehr bestimmten Wegen, den Bürgersteigen, Promenaden, öffentlichen Anlagen, den beiderseitigen Promenadenwegen in der Allee, nach Schildkamp und Stadtgebiet, den Promenadenwegen in Langfuhr und Täschenthal, den mit eisernen Einfassungen versehenen Wegstrecken auf Langgarten und in der Weidengasse, auf der Langenbrücke, dem wasserseitigen Fischmarkt, dem Pfarrhof der Marienkirche, dem Dominikanerkloster und der Westerplatte; ferner auf allen Straßen und Plätzen, auf denen Märkte abgehalten werden, zur Zeit des Markt-Verkehrs. Übermäßig schnelles Fahren ist untersagt. Beim Fahren ist stets, soweit nicht örtliche Hindernisse entgegenstehen, die rechte Seite der Straße einzuhalten. Es darf nur in einfacher Reihe gefahren werden, hinter je fünf Fahrrädern ist in der Stadt innerhalb der inneren Thore ein Zwischenraum von mindestens 30 Schritt zu lassen. Weiters ist Umkehrung von Fußgängern, Fuhrwerken und Thieren ist untersagt.

\* [65jähriges Jubiläum.] Die Hirschphilippsohn'schen Chöre hier selbst, welche vor 5 Jahren ihre sogenannte Diamant-Hochzeit begingen, werden am 8. Juni d. J. eine 65jährige Lebensgemeinschaft vollenden und somit hoffentlich das sehr selte Jubelfest der sog. „leisen Hochzeit“ begehen können. Uns ist aus den letzten Jahrzehnten kein Fall bekannt geworden, daß hiesigen Bürgern ein gleiches Lebensziel zu erreichen geschieden gewesen wäre. Da beide Chöre trotz des hohen Alters (Herr Ph. steht im 90., seine Gattin im 88. Lebensjahr) sich noch guter Rüstigkeit und Gesundheit erfreuen, wird der selte Festtag wahrscheinlich durch eine größere kirchliche Feier in der neuen Synagoge begangen werden.

\* [Rub. Freitag 1. J.] Eine einst viel genannte und allen älteren Danziger wohlbekannte Persönlichkeit: der Bildhauer Rudolf Freitag, ist gestern in seinem Hause in Heiligebrunn, fast 85 Jahre alt, aus dem Leben geschieden. Der Berewig war lange Zeit Lehrer an der hiesigen Kunsthochschule und hat sich um die Stadt Danzig namenslich durch die Erhaltung eines unserer herrlichsten alten Monumental-Bauwerke, des damals arg verfallenen und in seinem Fortbestande gefährdeten Franziskanerklosters verdient gemacht. Freimüthig brachte er seine Bitten und Vorstellungen um Schonung dieses damals militärisch-katholischen Bauwerks bis an die allerhöchste Stelle und erzielte die Erlaubnis, in den verfallenen Räumen sein künstlerisches Heim aufzuschlagen, um so dieselben unmittelbar zu hüten. Als später unter Herrn v. Winters Regime die Stadt dieses Gebäude übernahm und mit großem Aufwand seine stolzen Hallen für Fest-, Museums- und Schulzwecke so würdig wiederherstellte, mußte Freitag mit schwerem Herzen die ihm so liebgewordenen verwitterten Räume verlassen. Doch wurde ihm in Anerkennung seines verdienstvollen Wirkens um Erhaltung des Bauwerks von der Stadt eine lebenslängliche Ehrenpension von jährlich 900 Mk. bewilligt.

[Policeibericht vom 20. Mai.] Verhafte: 1 Zimmer-selbst wegen groben Unfugs, 5 Oddachlose, 2 Betrunken, 9 Dirnen. — Gestohlen: 1 silberne Cylinderuhr Nr. 1351/333, 1 alte Cylinderuhr mit Golbrand Nr. 10 950, 3 Enden Taue, 75 Faden Taue, zwei Pfandscheine, 1 silberne Ancreuhr, 1 schwarzer Leibrock, 1 ejerner Löffel, 1 schwarzer Paletot, 1 Löffel, ein Sommersüberzieher. — Gefunden: 1 Rosenkranz, eine Scheere, 1 Borsenpinsel, 1 Portemonnaie mit Inhalt, 1 Korallenkette mit Schloß, 1 Armband; abzuholen von der Polizei-Direction.

\* Pr. Stargard, 19. Mai. Der hiesige Kriegerverein beginnt gestern durch eine große Feierfeier die Weihe der ihm vom Kaiser verliehenen neuen Fahne. 16 auswärtige Kriegervereine waren dabei durch Deputationen mit 12 Fahnen vertreten. Die Straßen der Stadt, durch welche sich der Festzug bewegte, waren lebhaft geschmückt.

\* [Festzegung.] Der Gymnasial-Director Dr. Heinze in Pr. Stargard ist in gleicher Eigenschaft an das Gymnasium nebst Realgymnasium in Münzen verkehrt worden.

\* Marienburg, 20. Mai. Ueber das gestern von unserem r. Correspondenten gemelbte Duell schreibt heute die „Rog. Ztg.“: Im Duell erfochtene soll nach einer heute Vormittag aus Königsberg hier eingegangenen Depesche der Student der Medizin Ernst Lukas aus Neumark, bis vor kurzer Zeit Schüler des hiesigen königl. Gymnasiums, sein. Eine von uns an Ort und Stelle gerichtete telegraphische Anfrage brachte jedoch die Antwort, daß von einem derartigen Duell in Königsberg nichts bekannt sei.

Elbing, 19. Mai. Nach der „Elb. Ztg.“ hat der Aufsichtsrath der Aktiengesellschaft Adolf H. Neuendorf Metallwarenfabrik und Emailleurwerk hier selbst, beschlossen für 1889 die Vertheilung einer Dividende von 2 Proc. vorzuschlagen.

M. Stolp, 19. Mai. Die hiesigen Schuhmacher-Zünfte bereiteten sich auf ein seltes Fest vor. Es handelt sich um die 300-jährige Wiederkehr des Tages, an welchem die Satzung der Zunft neu geregelt wurden. Zur Erinnerung davon soll nun am Mittwoch nach Pfingsten ein historischer Festzug durch die Straßen der Stadt veranstaltet und im Anschluß daran das sogenannte Windelbahnmäß gespielt werden. Das letztere ist eine Veranstaltung der hiesigen Schuhmacherschaft, welche ihnen vom Herzog von Pommern Ernst Bogislav zu Troy vor einigen Jahrhunderten privilegiert worden ist. Es steht nämlich historisch fest, daß die hiesigen Schuhmacher-Gesellen dem Herzog von Troy, der in hiesiger Stadt residirte, einstmals in großer Bedrängnis thakräftigen Beistand geleistet haben. Aus Dankbarkeit dafür mache der Herzog den Schuhmachern Schenkungen an

Ländereien, gewährte ihnen mancherlei Vergünstigungen und gestattete ihnen auch den Windelbahnmäß, der in 3-jährigen Zwischenräumen gespielt werden sollte. In dem historischen Festzuge werden u. a. der Herzog Ernst Bogislav, der Kron, Hans v. Sagan und Hans Sachs dargestellt werden. — Die Bestätigung des zum Bürgermeister unserer Stadt gewählten Landrichters Dr. Maurer ist immer noch nicht eingetroffen, trotzdem die Wahlperiode des jetzigen Oberbürgermeisters Gressel am 1. Juni d. J. abläuft und die Wahl des Hrn. Dr. Maurer vor länger als 6 Monaten erfolgt ist.

\* Die Budget-Commission des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, die Petition des Magistrats zu Krone a. d. Brahe um Erbauung einer Eisenbahn von Bromberg über Krone nach Tuchel-Kowitz der Regierung als Material zu überweisen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

#### Literarisches.

\* Das Maiheft von „Westermanns illustrierten deutschen Monatsheften“ enthält: Wilh. Jenzen: Auf der Baar, Novelle (Fortsetzung); — Georg Lehner: Im Flußgebiet der Schwarza (Illustrirt); — Aug. Reichmann: Franz Schubert (mit Porträt); Friedr. J. Pajeken: Skizzen aus dem Westen Nordamerikas; — Rob. v. Lennéfeld: Die leuchtenden Fische der Tiefsee (Illustrat.); — Hanfippus; Gräfin Kathinka, Eine Erzählung I.; — Theob. Harten: Philae und seine Umgebung (Illustrat.); — Joh. Winckelmann: Sehen und Hören; — O. Neumann-Hoser: Friedrich Spielhagens Selbstbiographie; — Lit. Notizen.

#### Vermischte Nachrichten.

Oberammergau, 19. Mai. Die feierliche Einweihung des Passionsspiels und des Schauhauses hat nach einem Telegramm der „Döss. Ztg.“ vor einem geladenen Publikum von Schriftstellern und Künstlern, sowie anderen hervorragenden Persönlichkeiten gestern hier stattgefunden. Außer der Berliner war unter anderen auch die Londoner und New Yorker Presse vertreten. Ein reges bunte Leben entwickelte sich bei dem schönen Lenzwetter. Abends war Jägerstreich, Aufzug der Feuerwehr und Vorjüngend. Boller-schläufe erklangen und Freudenfeuer wurden in den Bergen abgebrannt. Ein großes Abendessen vereinte die Schriftsteller mit den Dorfbehörden und Hauptspielern, wobei der Präsident des Vereins Münchener Presse, Ritter v. Schmaedel und Bürgermeister Ritter hielten. Die Passionsblüte ist ein vollkommenes Neubau und hat ebenso wie die ganze Ausstattung so wesentliche Veränderungen erfahren, daß das Passionsspiel über die frühere Einschaffung und Anspruchslösigkeit hinweggehoben wird. Bestimmt verlautet, daß der Kaiser das Spiel besuchen wird; der Tag seines Besuches ist noch nicht festgesetzt.

Wien. [Antipyrin.] In Folge der Schädigungen, welche durch den Genuss von Antipyrin verursacht werden, hat der „Leipz. Sta.“ zufolge der Oberste Sanitätsrat beschlossen, daß fortan Antipyrin nicht mehr im Handverkauf, sondern nur bei Apothekern gegen ärztliche Verordnung bezogen werden darf.

St. Gallen, 19. Mai. In Balgach (Rheintal) sind gestern Nachmittag 28 Häuser und 16 Ställe niedergebrannt.

#### Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 20. Mai. (Privatelegramm.) Der Berliner Berichterstatter des „New York Herald“ meldet von hier, der Kaiser habe der Wiederwahl v. Forckenbeck zum Oberbürgermeister von Berlin die Bestätigung versagt. (Die Richtigkeit dieser Meldung glauben wir einstweilen entschieden beeweisen zu dürfen. D. Red.)

#### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 20. Mai. Crs.v.19. Crs.v.19. Weizen, gelb 201,50 202,00 2. Orient-A. 71,50 71,20 Mai 182,50 183,50 Lombarden 60,50 60,00 Roggen 156,50 157,00 Treb. Actien 163,90 162,70 Sept.-Okt. 151,00 151,20 Disc.-Com. 220,30 219,00 Petroleum per 200 kg. loco 23,50 23,30 Destr. Noten 172,85 Rüb. 72,80 71,80 Warth. kurz 231,50 Sept.-Okt. 55,30 55,40 London kurz 20,34 20,35 Spiritus Mai-Juni 34,30 34,60 Londonlang 20,25 20,26 4% Reichs-A. 107,70 107,70 SW.-B. g. a. 79,20 78,50 3/2% do. 101,40 101,20 Dani. Priv. 106,60 106,60 Bank 137,20 137,25 3/2% Conf. 101,50 101,50 Delmühle 126,00 126,25 do. Prior. 126,00 126,00 3/2% weifpr. 99,10 99,00 Maw.-G. P. 113,00 112,00 Pfandbr. 99,10 99,00 do. G.-A. 67,40 67,10 do. neu 98,50 98,90 Stammm.-A. 101,50 100,60 5% rm. G.-R. 99,20 88,70 Irk. 5% A.-A. 91,00 90,90 Fondsbörse: fett.

#### Danziger Börse.

Amliche Notirungen am 20. Mai. Weizen loco flau, per Tonne von 1000 Kilogr. feingefärbt weiß 126—136 150—160 182—192 M. Br. — hochbunt 126—134 148—192 M. Br. hellbunt 126—134 144—189 M. Br. 140—190 rot 126—133 141—188 M. Br. 140—190 ordinär 120—130 122—185 M. Br. Regulierungspreis bunt lieferbar transit 126/4 140 M. zum freien Verkehr 126/4 bunt per Mai-Juni zum freien Verkehr 185 M. Br. per Mai-Juni transit 138/2 M. Br. 138 M. Br. per Juli-August transit 137/2 M. Br. 137 M. Br. per Sept.-Okt. Br. transit 135 M. Br. do. zum freien Verkehr 174 M. Br. per Okt.-Nov. Br. transit 135 M. Br. und Br. 134/2 M. Br. Auf Lieferung 126/4 bunt per Mai-Juni zum freien Verkehr 185 M. Br. per Mai-Juni transit 138/2 M. Br. 138 M. Br. per Juli-August transit 137/2 M. Br. 137 M. Br. per Sept.-Okt. Br. transit 135/2 M. Br. do. unterpol.

Die glückliche Geburt eines gefundenen Kindes zeigen hocherfreut am 19. Mai 1890.  
Gustav Lenz und Frau.  
Als Verlobte empfehlen sich:  
Adolphine Knopf,  
Otto Schirmer.  
Unknown. Braut.

#### Lodes-Anzeige.

Am 19. Mai, Morgens 6 Uhr, starb im vollendeten 85. Lebensjahr in seiner Sommerwohnung zu Heiligenbrunnen der Bildhauer, Lehrer der Modelleklasse der Königlichen Kunsthalle und Mitglied des archäologischen Instituts zu Rom, Herr (5316)

#### Rudolf Freitag.

Dieses zeigt seinen Freunden und Bekannten die betrübt an.

#### Die Familie Schmitz.

Die Beerdigung findet Donnerstag den 22. Mai, Morgens 8 Uhr, vom Trauerhaus, Heiligenbrunnen Nr. 16, nach dem katholischen Kirchhof in der halben Allee statt.

Heute starb unser alter Va-

schwiegervater und Großvater

Moritz Herrmann,

im 88. Lebensjahr.

Königsberg i. Pr.,

den 18. Mai 1890.

Baer Schreiber, geb. Herrmann,

Charlotte Herrmann,

geb. Niemelin,

Professor Dr. Schreiber,

paul Herrmann, Fuchschein.

Die Beerdigung findet in Danzig

Donnerstag, 4 Uhr Nachmittags-

statt. (5305)

Beerdigung halber bleibt mein

Geschäft morgen Mittwoch,

den 21. Mai, bis 12 Uhr

Mittags geschlossen. (5333)

#### Marie Hanke.

#### Bekanntmachung.

Behufs Verklärung der Ge-

meinde, welche das Schiff „Ea-

tharina“, Capitän Glausser, auf

der Reise von Friedericksstadt nach

Danzig erlitten hat, haben wir

einen Termin auf

den 21. Mai cr.,

Vormittags 9 Uhr,

in unserem Geschäftskloake, Lan-

gemünd 43, anberauert. (5351)

Danzig, den 20. Mai 1890.

Königliches Amtsgericht X.

#### D. „Fortuna“, Capitän Boigt,

liegt im Laden nach

Bromberg (Montwon)

Thorn,

Włocławek,

Warschau.

Güterverweigungen erbitet

Dampfer-Gesellschaft

„Fortuna“.

Ich bin von der Reise

zurückgekehrt.

Dr. Lissauer.

#### Loose.

Marienburg. Schlossbau 3 M.

zu haben in der

Expedition d. Danziger Zeitung.

Ein Institut

für

Optik und Mechanik

mit fortirem Lager in optischen,

physikalischen und chirurgischen

Artikeln, nebst einer mechanischen

Werkstatt, in einer Geestadt von

circa 20 000 Einwohnern, ohne

Concurrent, 18 Jahre mit gutem

Erfolg betrieben, ist zu verkaufen.

Zachleuten mit circa 8000 M.

Kapital ist hierdurch Gelegenheit

geboten, ein gut eingeführtes Ge-

schäft zu erwerben.

Offerter werden unter 5286 in

der Exped. dieser Ztg. erbeten.

Neue

Matjes-Heringe,

frische Kartoffeln

eingetroffen.

F. E. Gossing,

Bogen- und Portehaissengasse

Cte Nr. 14. (5343)

Neuheiten

in feinen,

sehr preiswerthen

Biscuits

sind eingetroffen bei

Carl Studti,

Heilige Geistgasse Nr. 47.

Ecke der Ruhgasse.

Das anerkannt feinsteste

von

echtem

Edamer

liefert

Carl Studti,

Heilige Geistgasse Nr. 47.

Ecke der Ruhgasse.

Zur Erlangung der

Doctorwürde

wird wissenschaftl. gebild.

Männer die beste Inform.

erhält u. B. D. 20 Exped.

der Nordb. Allg. Ztg.

Berlin SW. (5233)

Hochseifste  
Lafelbutter  
auf Eis,  
per pfd. 1,20 Mk.  
bei täglich frischer  
Sendung  
empfiehlt (5302)

Carl Studti,  
Heilige Geistgasse Nr. 47,  
Ecke der Ruhgasse.

Rudolf Freitag.

Dieses zeigt seinen Freunden

und Bekannten die betrübt an.

Die Familie Schmitz.

Die Beerdigung findet Donner-

tag den 22. Mai, Morgens 8 Uhr,

vom Trauerhaus, Heiligenbrun-

nen Nr. 16, nach dem katholischen

Kirchhof in der halben Allee statt.

Heute starb unser alter Va-

schwiegervater und Großvater

Moritz Herrmann,

im 88. Lebensjahr.

Königsberg i. Pr.,

den 18. Mai 1890.

Baer Schreiber, geb. Herrmann,

Charlotte Herrmann,

geb. Niemelin,

Professor Dr. Schreiber,

paul Herrmann, Fuchschein.

Die Beerdigung findet in Danzig

Donnerstag, 4 Uhr Nachmittags-

statt. (5305)

Beerdigung halber bleibt mein

Geschäft morgen Mittwoch,

den 21. Mai, bis 12 Uhr

Mittags geschlossen. (5333)

Marie Hanke.

Bekanntmachung.

Behufs Verklärung der Ge-

meinde, welche das Schiff „Ea-

tharina“, Capitän Glausser, auf

der Reise von Friedericksstadt nach

Danzig erlitten hat, haben wir

einen Termin auf

den 21. Mai cr.,

Vormittags 9 Uhr,

in unserem Geschäftskloake, Lan-

gemünd 43, anberauert. (5351)

Danzig, den 20. Mai 1890.

Königliches Amtsgericht X.

D. „Fortuna“, Capitän Boigt,

liegt im Laden nach

Bromberg (Montwon)

Thorn,

Włocławek,

Warschau.

Güterverweigungen erbitet

Dampfer-Gesellschaft

„Fortuna“.

Ich bin von der Reise

zurückgekehrt.

Dr. Lissauer.

Loose.

Marienburg. Schlossbau 3 M.

zu haben in der

Expedition d. Danziger Zeitung.

Ein Institut

für

Optik und Mechanik

mit fortirem Lager in optischen,

physikalischen und chirurgischen

Artikeln, nebst einer mechanischen

Werkstatt, in einer Geestadt von

circa 20 000 Einwohnern, ohne

Concurrent, 18 Jahre mit gutem

Erfolg betrieben, ist zu verkaufen.

Zachleuten mit circa 8000 M.

Kapital ist hierdurch Gelegenheit

geboten, ein gut eingeführtes Ge-

schäft zu erwerben.

Offerter werden unter 5286 in

der Exped. dieser Ztg. erbeten.

Neue

Matjes-Heringe,

frische Kartoffeln

eingetroffen.

F. E. Gossing,

Bogen- und Portehaissengasse

Cte Nr. 14. (5343)

Neuheiten

in feinen,

sehr preiswerthen

Biscuits

sind eingetroffen bei

Carl Studti,

Heilige Geistgasse Nr. 47.

Ecke der Ruhgasse.

Das anerkannt feinsteste

# Beilage zu Nr. 18297 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 20. Mai 1890.

## Abgeordnetenhaus.

62. Sitzung vom 19. Mai.

Die zweite Beratung des Nachfragegesetzes, betreffend die Verbesserung der Beamtenbefolbungen, wird fortgesetzt, und zwar bei den Ausgaben für die diätarisch oder gegen Löhne beschäftigten Beamten und Bediensteten, 1325000 Mk. — Die Commission beantragt, die Vermehrung der etatsmäßigen Stellen im Verhältnis zu den diätarisch beschäftigten Beamten allgemein in Erwägung zu ziehen. Dagegen beantragt Abg. Gattler, diesem Antrage folgenden Zusatz zu geben: und dem nächstjährigen Etat eine vollständige Übersicht der bei sämtlichen Verwaltungen gezahlten Diätsätze anzufügen.

Abg. Gattler (nat.-lib.) befürwortet seine Resolution.

Abg. v. Döhlitz (freiconf.) ist gegen beide Resolutionen. Wenn wir mehr Bureaubeamten etatsmäßig anstellen, müssen sie auch immer beschäftigt werden. Wir müssen daher mit der Anregung auf Vermehrung der etatsmäßigen Stellen sehr vorsichtig sein. Viel richtiger wäre es, durch Vereinfachung des Schreibwerkes dahin zu kommen, daß an den etatsmäßigen Stellen möglichst gespart wird und dafür die vorhandenen Beamten besser befördert werden.

Abg. Brömel (kreis): Keine Beamtenklasse kommt so schlecht weg, wie die Diätsäte. Der Grundsatz, daß die Diätsäte  $\frac{1}{3}$  aller Beamten betragen sollen, hat die üble Folge gehabt, daß eine erhebliche Zahl der diätarisch Beschäftigten in dieser unsicheren Stellung festgehalten worden ist, weil die etatsmäßigen Stellen sich nicht in der angemessenen Weise geleert haben.

Von dem Elend von laufenden dieser Diätsäte haben wir erst durch die Petitionen Kenntniß erhalten, und nun tritt an das Haus die Vorsichtshaltung heran, auf eine Besserung hinzuwirken. Wohlgehtan hat es mir, wie der Abg. v. Döhlitz von dem Schreibwerk und der Verwaltung im allgemeinen sprach. Nach dieser scharfen Kritik kann uns nicht mehr vorgeworfen werden, daß wir allein Kritik üben. Für die Versorgung der Reichen der Diätsäte besteht keinerlei Einrichtung. Dieser Zustand kann nicht unverändert länger dauern, wir müssen zunächst von der Regierung Auskunft über diese Verhältnisse in allen Verwaltungsstellen erhalten, und dieser Wunsch kommt am besten im Auftrage der Commission zum Ausdruck. Der Zusatzantrag Gattlers erscheint mir ebenfalls sehr empfehlenswert.

Abg. Bachem-Mühlheim (Cr.) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an.

Der Titel wird genehmigt.

Zu Stellenzulagen sind 1170000 Mk. ausgeworfen. Abg. Rieckert beantragt, die Summe in das Extraordinarium zu verweisen, und zwar mit folgendem Dispositiv: Zu einmaligen außerordentlichen Verwendungen für Beamte in ausnahmsweise schwierigen Stellungen ihrer Kategorie.

Abg. Brömel empfiehlt den Antrag Rieckert. Die Commission habe selbst durch einen Vermerk ausgesprochen, daß die hier in Rebe stehende Summe nur Verwendung finden solle für das laufende Etatjahr. Dann wäre es aber richtiger, diese Zulage in das Extraordinarium zu stellen. Das Wort „Stellenzulage“ müsse deshalb ganz gestrichen werden. Die Verbesserung müsse da eintreten, wo ein wirkliches Bedürfnis obwaltet, und das Haus müsse bei jedem einzelnen Falle einen Einblick in die Verwendung haben. Unter diesem Vorbehalt werde er für die einmalige außerordentliche Bewilligung der 1170000 Mk. stimmen.

Unterstaatssekretär Meinede bittet, den Antrag Rieckert abzulehnen. Die Regierung lege Wert darauf, daß das Budget der Bewährung der Stellenzulage dem Hause anerkannt werde; dieses Anerkennungswert würde fehlen, wenn die Stellenzulagen in das Extraordinarium verlegt würden (Abg. Rieckert: Sehr richtig!); die ganze Bewilligung würde dann nur den Charakter einer Remuneration auf ein Jahr erhalten.

Abg. Graf Limburg-Girum (conf.) meint, daß ohne Stellenzulagen nicht gewirthhaft werden können.

Abg. Gattler (nat.-lib.) wäre nicht abgeneigt, dem Antrage Rieckert zuzustimmen; vielleicht läßt sich aber dasselbe erreichen, wenn man die Summe im Ordinariu m stehen lasse und statt „Stellenzulagen“ sage „einmalige außerordentliche Verwendungen“.

Abg. Rieckert bemerkt, daß sein Antrag nicht gegen das Prinzip der Stellenzulagen gerichtet sei, das ja bei der Eisenbahnverwaltung bereits anerkannt sei. Der Antrag bezwecke lediglich, dem Abgeordnetenhaus das Recht zu wahren, bei der Vergabe der Stellenzulagen an die einzelnen Kategorien von Beamten mitzuwirken. In diesem Jahre solle es zunächst der Regierung allein überlassen bleiben, die Stellenzulagen zu verteilen; im nächsten Jahre solle aber das Haus in der Lage sein, über das Detail mitzureden. Wer die Beamten, denen in diesem Jahre Stellenzulagen bewilligt würden, nicht in die Täuschung verleiten wolle, daß sie auch für die Dauer erhalten werden, müsse damit einverstanden sein, die Stellenzulagen in das Extraordinarium zu setzen. Stellenzulagen nach dem Vorschlage der Regierung stellten einen Dispositionsfonds dar, der unter Umständen sehr bedenklich werden könnte.

Unterstaatssekretär Meinede: Der Antrag Rieckert ist dem Prinzip der Stellenzulagen feindlich. Es handelt sich um Besserdotierung von Stellen und nicht von Per-

sonen; darum ist mit Remunerationen nicht zu helfen, sondern nur mit Stellenzulagen.

Abg. Bachem (Centr.) ist für den Vorschlag der Budgetcommission, aus dem niemand ein Recht herleiten kann, die Stellenzulage auch künftig zu erhalten. Nach unverfehlbarer weiterer Debatte wird der Antrag Rieckert abgelehnt und die Position unverändert angenommen.

Bei der Position „Alterszulagen für Volkschullehrer 3 Mill. Mk.“ bemerkt

Abg. Brömel (frei): Die Regierung hat als Regel hingestellt, nur in Städten mit höchstens 10000 Einwohnern den Volkschullehrern Dienstalterszulagen zu gewähren und nur diesenjenigen Städten auszunehmen, wo die Gehälter der Lehrer als besonders ungenügend zu bezeichnen sind und die Finanzlage der Gemeinde es erfordert. Dieser Maßstab ist ein durchaus ungerechter. Schön bei der nächsten Volkszählung wird eine große Anzahl von Städten die Zahl von 10000 Einwohnern übersteigen. Es würde als eine große Härte empfunden werden, wenn die Regierung den betr. Lehrern die Dienstalterszulagen entziehen würde. Unsere Forderung geht dahin, die Dienstalterszulagen auf alle Orte auszudehnen. Ihre Erfüllung schreibe mir im Namen der Gerechtigkeit geboten. (Beifall links).

Abg. v. Gezanius (P.) bitte die Regierung, die Verkürzungen, welche die Lehrer durch unfreiwillige Verziehung aus dem Osten nach dem Westen an Dienstalterszulagen erlitten haben, auszugleichen.

Abg. Kreidt (freiconf.) hebt hervor, daß  $\frac{2}{3}$  aller Lehrer aus den drei Millionen eine Erhöhung ihres Gehaltes nicht erhalten werden.

Abg. Tagom (conf.) giebt der Besorgniß Ausdruck, daß mit der Erhöhung der Dienstalterszulagen für die kleinen, wenig leistungsfähigen Schulverbände die Pensionslast sich zu sehr steigern könnte.

Minister v. Götsche wiederholt die in der Commission bereits abgegebene Erklärung, daß auf diese Weise hart getroffenen Gemeinden, soweit irgend die Mittel reichen, zu Hilfe gekommen werden wird.

Der Titel wird bewilligt.

Es folgen die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Die Position „Canalisation der Fulda“ wird bewilligt und die Resolution der Budgetcommission auf nochmalige Erörterung, ob der östliche oder westliche Fuldaarm zu wählen ist, angenommen.

Die Position „Interimskirche während des Neubaus des Doms von Berlin 145000 Mk.“ wird entsprechend dem Beschlusse der Budgetcommission debattelos gestrichen.

Hierauf wird eine Reihe von Petitionen von Beamten und Lehrern zum Theil für erledigt erklärt, zum Theil durch Uebergang zur Tagesordnung erlebt, zum Theil der Regierung als Material überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag.

## Danzig, 20. Mai.

\* [Friedrich-Wilhelm-Schützen-Brüderlichkeit.] In der gestern Abend abgehaltenen Generalversammlung wurde beschlossen, das diesjährige Königschießen am 28. und 29. Mai in üblicher Weise abzuhalten. Während der Festtage werden zwei Militäkapellen concertieren.

\* [Feuer.] Gestern Abend 7½ Uhr wurde die Feuerwehr nach dem Hause Beutlergasse 3 gerufen, in welchem eine Petroleumlampe explodiert war. Durch die Explosion war ein Gardinenbrand entstanden, dessen Bekämpfung alsbald erfolgte.

Zoppot, 20. Mai. In den letzten Tagen wurde

hier eine Petition an das Eisenbahn-Betriebs-Amt zu Danzig vorbereitet, in welcher gegeben wird, an drei

Tagen der Woche auch den Bewohnern Zoppots — ebenso wie den Danzigers — die Preise für Hin- und Rückfahrt entsprechend zu ermäßigen. Die Petition ist bereits mit zahlreichen Unterschriften bedeckt. — Für die meisten Bewohner Zoppots ist die Lage des Bahnhofes fast im Centrum des Ortes recht angenehm; für die Bewohner der Danziger Straße dagegen macht sich jetzt, wo deren Bebauung immer mehr nach Oliva hin sich dehnt, das Fehlen einer Querstraße zwischen Chaussee und Schulstraße oder auch nur eines einfachen Fußgängerverweges nach dem Bahnhofe in recht unangenehmer Weise fühlbar. Die Kosten, welche die Anlage eines solchen bereiten würde, können nicht erheblich sein und es würde sich die Eisenbahnverwaltung durch Herstellung eines solchen Zuganges lebhaften Dank der Bevölkerung erwerben. — Im Verlaufe des Verhönerungsvereins zu Zoppot ist soeben eine neue Karte des Zoppot-Olivaer Waldes erschienen und wird in den nächsten Tagen auch die Karte durchgesehen und vervollständigt ist — im Druck fertig gestellt sein.

# Reckaw, 19. Mai. In der festlich geschmückten evangelischen Kirche fand heute die Glockenweihe statt,

die sich zu einem erhebenden Feife gestaltete. Die bekränzten Glocken standen unter einem Blumenbach vor

dem Altar der überfüllten Kirche. Die Weihe vollzog der General-Superintendent Dr. Taube. Vor und nach der Weihe wurden von Dilettanten geistliche Chorgesänge ausgeführt. Die drei neuen Glöcken tragen

auf den Namen des Pfarrers Lukow und der Kirchen-Aeltesten folgende Inschriften: Erste Glöcke:

Soli Deo gloria, gegossen von Jean Collier in Danzig. Guilelmus Burau ecclaeiae evangelicae Neostadiensi.

Zoppot, 20. Mai. In den letzten Tagen wurde

hier eine Petition an das Eisenbahn-Betriebs-Amt zu

Danzig vorbereitet, in welcher gegeben wird, an drei

Tagen der Woche auch den Bewohnern Zoppots — ebenso wie den Danzigers — die Preise für Hin- und

Rückfahrt entsprechend zu ermäßigen. Die Petition ist

bereits mit zahlreichen Unterschriften bedeckt. — Für

die meisten Bewohner Zoppots ist die Lage des Bahnhofes fast im Centrum des Ortes recht angenehm; für

die Bewohner der Danziger Straße dagegen macht sich

jetzt, wo deren Bebauung immer mehr nach Oliva hin

sich dehnt, das Fehlen einer Querstraße zwischen

Chaussee und Schulstraße oder auch nur eines

einfachen Fußgängerverweges nach dem Bahnhofe in

recht unangenehmer Weise fühlbar. Die Kosten, welche

die Anlage eines solchen bereiten würde, können nicht

erheblich sein und es würde sich die Eisenbahnver-

waltung durch Herstellung eines solchen Zuganges leb-

haften Dank der Bevölkerung erwerben. — Im Ver-

laufe des Verhönerungsvereins zu Zoppot ist soeben

eine neue Karte des Zoppot-Olivaer Waldes erschien-

en und wird in den nächsten Tagen auch die Karte

durchgesehen und vervollständigt ist — im Druck

fertig gestellt sein.

# Reckaw, 19. Mai. In der festlich geschmückten evan-

gelischen Kirche fand heute die Glockenweihe statt,

die sich zu einem erhebenden Feife gestaltete. Die bekränzten Glocken standen unter einem Blumenbach vor

dem Altar der überfüllten Kirche. Die Weihe vollzog

der General-Superintendent Dr. Taube. Vor und nach

der Weihe wurden von Dilettanten geistliche Chor-

gesänge ausgeführt. Die drei neuen Glöcken tragen

auf den Namen des Pfarrers Lukow und der Kirchen-

Aeltesten folgende Inschriften: Erste Glöcke:

Soli Deo gloria, gegossen von Jean Collier in Danzig. Guilelmus Burau ecclaeiae evangelicae Neostadiensi.

Zoppot, 20. Mai. In den letzten Tagen wurde

hier eine Petition an das Eisenbahn-Betriebs-Amt zu

Danzig vorbereitet, in welcher gegeben wird, an drei

Tagen der Woche auch den Bewohnern Zoppots — ebenso wie den Danzigers — die Preise für Hin- und

Rückfahrt entsprechend zu ermäßigen. Die Petition ist

bereits mit zahlreichen Unterschriften bedeckt. — Für

die meisten Bewohner Zoppots ist die Lage des Bahnhofes

fast im Centrum des Ortes recht angenehm; für

die Bewohner der Danziger Straße dagegen macht sich

jetzt, wo deren Bebauung immer mehr nach Oliva hin

sich dehnt, das Fehlen einer Querstraße zwischen

Chaussee und Schulstraße oder auch nur eines

einfachen Fußgängerverweges nach dem Bahnhofe in

recht unangenehmer Weise fühlbar. Die Kosten, welche

die Anlage eines solchen bereiten würde, können nicht

erheblich sein und es würde sich die Eisenbahnver-

waltung durch Herstellung eines solchen Zuganges leb-

haften Dank der Bevölkerung erwerben. — Im Ver-

laufe des Verhönerungsvereins zu Zoppot ist soeben

eine neue Karte des Zoppot-Olivaer Waldes erschien-

en und wird in den nächsten Tagen auch die Karte

durchgesehen und vervollständigt ist — im Druck

fertig gestellt sein.

# Reckaw, 19. Mai. In der festlich geschmückten evan-

gelischen Kirche fand heute die Glockenweihe statt,

die sich zu einem erhebenden Feife gestaltete. Die bekränzten Glocken standen unter einem Blumenbach vor

dem Altar der überfüllten Kirche. Die Weihe vollzog

der General-Superintendent Dr. Taube. Vor und nach

der Weihe wurden von Dilettanten geistliche Chor-

gesänge ausgeführt. Die drei neuen Glöcken tragen

auf den Namen des Pfarrers Lukow und der Kirchen-

Aeltesten folgende Inschriften: Erste Glöcke:

Soli Deo gloria, gegossen von Jean Collier in Danzig. Guilelmus Burau ecclaeiae evangelicae Neostadiensi.

Zoppot, 20. Mai. In den letzten Tagen wurde

hier eine Petition an das Eisenbahn-Betriebs-Amt zu

Danzig vorbereitet, in welcher gegeben wird, an drei

Tagen der Woche auch den Bewohn

Baar-Geld-Gewinne.

1 à	600 000	Mark.
2 -	500 000	-
2 -	400 000	-
3 -	300 000	-
4 -	200 000	-
4 -	150 000	-
12 -	100 000	-
24 -	50 000	-
10 -	40 000	-
10 -	30 000	-
28 -	25 000	-
55 -	20 000	-
140 -	10 000	-
210 -	5 000	-
300 -	3 000	-
700 -	2 000	-
1 300 -	1 000	-
5 384 -	500	-

# Schlossfreiheit-Lotterie.

Zur 4. Klasse, Ziehung am 9. Juni, und  
„5. Klasse, Hauptziehung 7.—12. Juli | empfehle ich und versende für  
Original-Loose zu Originalplanpreisen. beide Ziehungen  
Original-Loose zu Originalplanpreisen.

Ganze Halbe Viertel Achtel

Mk. 200, Mk. 100, Mk. 50, Mk. 25.

Voll-Antheile gültig für 4.  
u. 5. Klasse

$\frac{1}{10}$   $\frac{1}{20}$   $\frac{1}{40}$   $\frac{1}{100}$  Porto und amtliche Gewinnliste  
Mk. 20, Mk. 10, Mk. 5, Mk. 2,25. 30 Pf. für jede Klasse.

Rob. Th. Schröder, Stettin.  
Bankgeschäft. (Errichtet 1870.) General-Debit.

## Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvorsteigerung soll das im Grundbuch von Gomblitz, Band II, Blatt 59, auf den Namen der in Gütergemeinschaft lebenden Franz und Franziska geb. Romank, verwittert gewesene Fabrik "Hause" ehemalige eingetragene im Kreise Carlsbad belegene Grundstück

am 27. Juni 1890, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — Zimmer Nr. 22, versteigert werden.

Das Grundstück ist mit 9,81 Hektar Erntertrag und einer Fläche von 17,10,70 Hektar zur Grundsteuer mit 36 M. Nutzungsverhältnis Gebäudefreie veranlagt.

Carlsbad, den 15. April 1890.

Königl. Amtsgericht.

## Bekanntmachung.

Der Amtsrichter Arthur Grahl aus Neuenburg und das Fräulein Helene Rentel aus Marienburg haben vor Eingehung ihrer Che die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes mit der Mahagabe, dass das gefallene gegenwärtige und zukünftige Vermögen der Braut die Eigentumheit des gesetzlich vorbehaltene Vermögens haben soll, laut Verhandlung vom 21. April d. J. ausgeschlossen.

Neuenburg, 24. April 1890.

Königliches Amtsgericht.

## Original-Loose und Anteilscheine der Schlossfreiheit-Lotterie IV. Klasse zu versteigerten Preisen.

Lotterie der Westmärkischen Kunst-Ausstellungs-Lotterie à M. 1, Lotterie der Innenrämer Pferde-Lotterie à M. 1, Lotterie der Marienburg Pferde-Lotterie à M. 1, Marienburg Pferde-Lotterie, Hauptpreis: M. 90 000, Lotte à M. 3 bei 5344 Th. Berlin, Gerbergasse Nr. 2.

## Zoppot bei Danzig.

Lehr- und Erziehungsanstalt für Schwestern. Professe etc. durch 1880 Dr. R. Hohnfeldt.

**G. L. DAUBE & Co.**  
CENTRAL-ANNONCE-EXPEDITION  
der deutschen u. ausländ. Zeitungen  
**FRANKFURT A. M.**  
BERLIN, HAMBURG, LEIPZIG etc. etc.  
Billigte und prompte Beförderung  
**ANZEIGEN**  
in alle Zeitungen aller Länder.  
**AUSNAHMEPREISE**  
bei grösseren Aufträgen  
**ANNONCE-MONOPOL**  
für viele holländ., belg., italien. etc. Zeitungen.

Bureau in Danzig: G. Dauber,  
H. Geißig 13, Ging. Scharmacher.  
Dr. G. Jenerer  
gutes Kreis, geruchloses und feuer-sicheres

**Pat. Antimerulion**  
aus der chemischen Fabrik  
Gustav Schäfer, Magdeburg,  
ist erkannt das einzige brauchbare  
**Hauschwammmittel**  
für alle Eis- und Wohnhäuser,  
Mühlen, Kirchen, Schulen,  
Büros, Bergwerke etc. Depot in  
Danzig, Albert Neumann.

**Aachener Badeöfen**  
für Gas.  
Liefern sofort heißes Wasser.  
Überraschend schnelle Erwärmung eines  
Bades bei 0,7 cdm. Gasconsum.

6 goldene und 1  
silberne Medaillen.

Regenerativ-Gasheizöfen  
mit Abfuhr der Heizgase für Salons, Wohn-,  
Schlaf- u. Krankenzimmer, grosse Säle, Kirchen,

7000 Stück in Betrieb.

Wärme-

Gasheizöfen

6000 Francs Prämie  
von der Stadt Brüssel für besten Gasofen.

J.G. Houben Sohn Carl, Aachen.

Referenz: Jede Gasanstalt.

Kemmerich's Fleisch-Pepton ist das beste Nahrungs- u. Stärkungsmittel für Gesunde u. Kranke. In Hospitalen eingeführt, von Aertern empfohlen.

Kemmerich's Fleisch-Suppe und Gemüse.

# Kemmerich's

## Fleisch-Pepton, Fleisch-Extract, cond. Bouillon.

„Das Beste ist stets das Billigste.“

Kemmerich's Pepton-Cacao, leichtverdauliches und nahrhaftestes Frühstücks-Getränk. Magenkranke besonders empfohlen.

## A. LEHNIGK,

Betschau-Weissacher Landw. Maschinenfabriken, Eisengießerei, Eisbauanstalt, Dampfhammer und Eisenwerk, Betschau, N.-L., Berlin-Görlitzer Eisenbahn.

## Generalvertreter für Ost- und Westpreußen:

J. Hillebrand, Dirschau, empfiehlt zu civilen Preisen und günstigen Bedingungen wirklich praktische

Dampfdruckmaschinen u. Lokomobile, patentierte Göpel-Dreschmaschinen, Schlagleisten- und Güten-System.

Patentierte Häckselmaschinen verschiedener Constructionen, auf holz- und Eisengestell v. M. 36—400.

Getreide-Reinigungsmaschinen mit verbesserten Siebstellung und unübertroffener, vorzüglicher Leistungsfähigkeit von M. 32—180.

nachweislich räther Berland bis 4000 Stück.

Patentierte Drillmaschinen mit vielfach weitgehenden Verbesserungen.

Patentierte zwei-, drei- u. vierjährige Pflüge, verbesserte Stahlrajpoldpflüge, für jeden Boden geeignet.

Patentierte Wasserhülf- u. Bucherlylanzen-Mähmaschine, Ausführliche Cataloge gratis und franco.

Tüchtige Vertreter gesucht. (4565)

## Bekanntmachung.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, dass der auf den 7. Mai d. J. festgesetzte Beginn der diesjährigen Ziehung der Lotterie des Vereins für die Herstellung und Ausschmückung der Marienburg auf den

8., 9. und 10. October d. Js.

verlegt wird.

Die Ziehung wird an dem erst genannten Tage, Vormittags 9 Uhr im heutigen Rathause beginnen und an den folgenden Tagen fortgesetzt und beendet werden. (4485)

Der Vorstand des Vereins für die Herstellung und Ausschmückung der Marienburg.

v. Leipziger. Röhne.

## Der Gustav-Adolf-Bote für Westpreußen.

III. Heft.

Herausgegeben vom Vorstande des Danziger Hauptvereins.

Preis 50 Pf.

Zu beziehen durch A. W. Kafemann, Danzig.

## Für Lungenkranke.

### Dr. Brehmers Heilanstalt

Goerbersdorf, Schlesien,

im Riesengebirge,

erstes in schwindungs-freier Zone 1854 errichtetes Sanatorium.

### Chefarzt Dr. F. Wolff,

Ausgedehnter Park mit Tannenhochwald daran schliessend, 14 Kilometer Kunstwege, elegantes Kurhaus, herrschaftliche Villen im Park. Preise mässig. Prospekte gratis und franco durch die Administration der

### Dr. Brehmer'schen Heilanstalt.

Näheres über die Methode siehe 2. Auflage: „Die Therapie der chronischen Lungenschwindsucht von Dr. H. Brehmer.“ Verlag von I. F. Bergmann, Wiesbaden. (1995)

### Bad Wildungen.

Die Hauptquellen: Georg-Victor-Quelle und Helenen-Quelle sind seit lange bekannt durch übertroffene Wirkung bei Nieren-, Blasen- u. Steinleiden, bei Magen- u. Darmkatarrhen, sowie bei Störungen der Blutmischnung, als Blutarmuth, Bleichsucht u. s. w. Wasser genannter Komplexe kommt stets in frischer Füllung zur Versendung, in 1889 waren es über 631 600 Flaschen.

Anfragen über das Bad, über Wohnungen im Bädelodirhause und Europäischen Hofe erledigt: Die Inspection der Wildungen Mineralquellen-Aktion-Gesellschaft. (2978)

### Dr. Römplers

### Heilanstalt für Lungenkranke

zu Görbersdorf in Schlesien.

Prospekte gratis und franco. Dirigirender Arzt: Dr. Römler.

### H. Hotop,

Eisengießerei u. Maschinenfabrik, Elbing Westpr.

liefer prompt und billig: Bau- und Maschinengut jeder Art nach zahlreich vorhandenen Modellen.

Transmissionen, gew. und Gelenk System, roh und bearbeitet zu Stückpreisen.

Einrichtung complett Etagen-, Mahl- u. Entwässerungs-Mühlen.

Lieferung complett Meiereieinrichtungen.

Centrifugal- und Kolbenpumpen.

Locomotiven und Dampfmaschinen, Hochdruck- und

Compound-System, bei Garantie für geringsten Kohlenverbrauch.

Kessel, Reservoirs und Kühlstellen in solid Verführung.

Gefäß, Reservoirs und Kühlstellen in solid Verführung.